



Als Deutsche Wiedervereinigung oder Deutsche Vereinigung wird der durch die friedliche Revolution in der DDR angestoßene Prozess der Jahre 1989 und 1990, der zum Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 führte, bezeichnet. Die damit vollzogene Deutsche Einheit, die seither an jedem 3. Oktober als Nationalfeiertag begangen wird, beendete den als Folge des Zweiten Weltkrieges in der Ära des Kalten Krieges vier Jahrzehnte währenden Zustand der Deutschen Teilung. Richtungweisend für diese Entwicklung war die Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989, die den eigentlichen Zerfall des politischen Systems der DDR bewirkte. Notwendige äußere Voraussetzungen für die deutsche Wiedervereinigung waren die Verhandlungen der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die die noch bestehende Teilung Deutschlands beendeten und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ermöglichten.

20 Jahre Wiedervereinigung Deutschlands

Bundesfachseminar
des Deutschen Frauenring e.V.

13. bis 14. November 2009
Bildungszentrum Erkner

Ständige
Wirtschafts-
Septemb
der DDF
Einigung
am da

68

Die Grüne Reihe

20 Jahre Wiedervereinigung Deutschlands

Bundeschfachseminar des Deutschen Frauenring e.V.

vom 13.11.2009 bis 14.11.2009 in Erkner

Gefördert durch:



**Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend**

Impressum

Herausgegeben von: Deutscher Frauenring e.V.

Redaktion: Bundesgeschäftsstelle

Titelblatt: Gudula Hertzler-Heiler

Copyright by: Deutscher Frauenring e.V. Bundesverband,
Brandenburgische Straße 22, 10707 Berlin

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort des Präsidiums	4
2. Die Rolle der Kirchen als Ort für Oppositionelle - Vorträge von	
- Steffen Reiche	5
- Dr. Maria Nooke	10
3. Wendekinder - Inhaltsangabe zum gezeigten Dokumentarfilm	21
3. Frauen in Ost und West: Hoffnungen, Schwierigkeiten, Ansprüche nach der Wiedervereinigung und heute Protokoll der Podiumsdiskussion	22
5. Anhang Tagungsprogramm	39

Vorwort des Präsidiums

Am **9.11.1989** kam es zu der plötzlichen und spektakulären Maueröffnung die auf einem Versehen gründete. In den letzten Wochen des Jahres 2009 gab es vielfältige Dokumentationen zu „Schabowskis Zettel“. Wir alle haben vielfältige Berichte dazu gehört oder gesehen.

Obwohl die Regierungen in Polen, in der früheren CSSR und in Ungarn mit Streit und Unruhen zu kämpfen hatten, gab es in Ost- oder Westdeutschland niemanden der auf das Ereignis der Grenzöffnung der DDR vorbereitet war. Der Einigungsvertrag wurde unter großem Zeitdruck erstellt.

Unser Seminar „*20 Jahre Wiedervereinigung Deutschland*“ startete mit einem Einführungsvortrag zum Thema „Die Überwindung der SED-Diktatur: Ursachen und Verlauf der friedlichen Revolution“, der einen Überblick über die Ereignisse und Hintergründe gab. Leider kann der Vortrag von Herrn Dr. Hüttmann aus urheberrechtlichen Gründen an dieser Stelle nicht abgedruckt werden.

Der zweite Teil war dem Thema „Die Rolle der Kirchen als Ort für Oppositionelle“ gewidmet. Zwei Oppositionelle, Herr Steffen Reiche und Frau Maria Nooke, die aktiv am Umbruch beteiligt waren, berichteten die Geschehnisse aus ihrer Sicht.

Die Umbruchzeit wurde im Jubiläumsjahr der Maueröffnung in vielfältiger Weise gezeigt und erörtert. Dabei stand ein Aspekt wenig im Vordergrund: Die Kinder der Wendezeit. Der Dokumentarfilm „Wendekinder“ wurde im Laufe des Seminars gezeigt. Er erzählt, wie die damals 12-19jährigen die Umbruchzeit erlebten und wie dies ihr Leben veränderte. Der Regisseur des Films und zwei Protagonisten folgten unserer Einladung und diskutierten mit den Teilnehmerinnen des Seminars den Film.

Für uns als Frauenverband, der sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern vertreten ist, ist die Sicht von Frauen in Ost und West auf die friedliche Revolution und die Veränderungen nach der Wiedervereinigung von vitalem Interesse. In einer Podiumsdiskussion wurden Fragen gestellt nach Hoffnungen, Schwierigkeiten und Ansprüchen von Frauen in dieser Zeit, wo wir heute stehen und welches unsere gemeinsamen Ziele sind in einer Welt, die sich schnell verändert und uns vor neue Herausforderungen stellt.

Noch eine abschließende Anmerkung: Der Abdruck der Erlebnisberichte bzw. Diskussionsbeiträge erfolgt ohne Streichungen oder Textänderungen, da die in den spontanen Wortbeiträgen zum Ausdruck kommenden Emotionen nicht verfälscht werden sollten.

Doris Riedel
Mitglied des Präsidiums

Die Rolle der Kirchen als Ort für Oppositionelle

20 Jahre Wiedervereinigung Deutschlands und in diesem Zusammenhang die Rolle der Kirchen als Ort für Oppositionelle ist ein gutes, ein wichtiges Thema. Ich denke, man kann sagen, ohne Kirchen wäre zumindest nicht zu diesem Zeitpunkt und ganz gewiss auch nicht ohne Gewalt dieser friedliche Umbruch so verlaufen. Die Kirchen haben eine zentrale Rolle in diesem Prozess gespielt, besonders auch die evangelische Kirche, die Jahrzehnte lang bekämpft und um zwei Drittel ihrer Mitglieder in den 40 Jahren DDR gebracht wurde. Unbewusst haben die vorbereiteten und organisierten Reformen, der Mut zum aufrechten Gang, der in den Kirchen gelernt wurde und das offene Wort, was dort gesprochen werden konnte, den Prozess eingeleitet, der das Ende der DDR dann besiegelte.

Die evangelischen Kirchen in der DDR haben gewiss auch Fehler gemacht. Sie waren oft zu ängstlich oder zu kompromissbereit, aber sie hatten den Auftrag, Kirche für andere zu sein. Sie waren nach ihrer Tradition orientiert, denn *Bekennende Kirche* und die *Barmer Theologische Erklärung*, das war den Christen natürlich als Auftrag im Bewusstsein, aber auch als schon einmal genutzte Chance und als einmal zu wenig engagiert genutzte Chance. Die Kirche war von ihrer Stellung in der Gesellschaft her dazu in der Lage, denn die Kirchen bildeten den einzigen Freiraum, der nicht vom Staat reglementiert werden konnte. Was die Staatssicherheit machen konnte, war, Staatssicherheitsleute in die Kirchen zu schicken, die das ganze versucht haben zu erkunden, aufzuklären und davon weiter zu erzählen. Aber



Steffen Reiche
Theologe, Mitbegründer der SDP

vieles von dem, was die Staatssicherheit dort machen wollte, gelang ihnen eben auch nicht.

Horst Sündermann, der Vorsitzende des Sicherheitsrates, hat einmal in dieser Umbruchzeit, in dieser Zeit der friedlichen Revolution gesagt:

„Mit allem haben wir gerechnet, nur nicht mit Kerzen.“

Also Kerzen, die aus den Kirchen mitgebracht wurden als Symbol, welches aus der Kirche auf die Straße getragen wurde. Die wichtigsten Impulse und Stationen, die dazu motiviert haben, sich für Reformen in der DDR einzusetzen, waren: die Umweltbibliothek in Prenzlauer Berg, die jungen Gemeinden, die Kirche von unten, die Kirchentage und die Montagsdemos in Leipzig, in Plauen, in Dresden, in Potsdam und an vielen anderen Orten. Der konziliare Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung war die Selbstver-

gewisserung der Kirche, dass ihr politischer Auftrag, der gerade auch in einer Gesellschaft wie der DDR, wo es demokratisch legitimierte Parteien ja nicht gab, ein Auftrag für die Gesellschaft war.

Es gab in den Kirchen, das muss selbstkritisch gesagt werden, auch rote Pfarrer, die in der CDU organisiert waren oder in der christlichen Friedenskonferenz mitmachten. Aber die übergroße Mehrheit war kritisch. Sie hatten andere Möglichkeiten der besseren wahrhaftigeren Information. Zum einen das Gespräch untereinander, aber eben auch die Möglichkeit, Bücher oder Zeitungen über die Partnergemeinden aus dem Westen zu bekommen. Es gab in der DDR kirchliche sowie staatliche Ausbildungsstätten für Theologen und Diakone. Die kirchlichen Ausbildungsstätten in Berlin, Naumburg und Leipzig hatten eine geduldete Rolle. Man bekam einen inhaltlichen Abschluss, der allerdings staatlich nicht anerkannt war. In den staatlichen Fakultäten wurde im Wesentlichen große Anpassung praktiziert. Aber das, was die 500 Jungmensen an den kirchlichen Ausbildungsstätten in der Tradition der bekennenden Kirche gelernt haben, zum Beispiel bei Lehrern wie Richard Schröder, Wolfgang Uhlmann oder Wolf Krötke, waren ganz wichtige Impulse und auch eine Orientierung, sich einzubringen und sich

Bekennende Kirche

Die Bekennende Kirche war während des Kirchenkampfes im Dritten Reich eine Widerstandsbewegung innerhalb der evangelischen Kirche, die sich gegen den theologisch-politischen Einfluss der „Deutschen Christen“ wehrte. Der oppositionelle Zusammenschluss wandte sich zugleich gegen staatliche Eingriffe in die Kirche. Mit der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 trat er einer Verfälschung der evangelischen Lehre entgegen.

für Reformen stark zu machen. Es wurde gelehrt, dass es nicht unwidersprochen bleiben darf, wenn der Staat DDR Freiheitsrechte und Bürgerrechte, die in

einem langen Prozess durch die Kirchen seit der Reformation erkämpft worden sind, zurückgenommen und beschnitten werden. Manche wollten an diesen Ausbildungsstätten nur ein freies Studium absolvieren und im Grunde gar nicht in den Pfarrdienst eintreten. Die Freiheit im Denken, die Freiheit zum Gespräch, der Zugang zu anderer Literatur und zu Wissen und zu Kenntnissen, wie man sie an anderen Stellen der DDR kaum oder gar nicht erwerben konnte, hat auch sie an diese Ausbildungsstätten geführt.

Zugleich hat die Kirche vielen 10.000 Menschen einen Arbeitsmarkt gegeben,

an dem sie ihre Freiheitsrechte praktizieren konnten. Das waren diakonische Einrichtungen, Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft und einige wenige Schulen. Dieser begrenzte Arbeitsmarkt war ein Ort, wo Menschen neue Hoffnung schöpften, Orientierung sowie Impulse auch für den Widerstand bekamen und in der ausgehenden DDR-Zeit ein Ort für Menschen, die resigniert hatten und entschieden hatten, ich werde meine Zukunft woanders suchen.

Der erste Artikel der Verfassung der DDR besagte, dass bei Bedarf der Staat auf alle Räume, Organisationen und Vereinigungen

Barmer Theologische Erklärung

Die Barmer Theologische Erklärung entstand am 31. Mai 1934 auf der Bekenntnissynode in Barmen. Es war damals als notwendig erachtet worden, das christliche Bekenntnis vor der Verfremdung durch die „Deutschen Christen“ zu schützen und den Machtanspruch des Nationalsozialismus mit dem Ziel der Gleichschaltung zurückzuweisen. Sie gilt als das wichtigste theologische Dokument aus der Zeit des Kirchenkampfes im Dritten Reich. Die Erklärung - sie besteht aus sechs Thesen - wird als wegweisendes Lehr- und Glaubenszeugnis der Kirche im 20. Jahrhundert angesehen. Die Reformierten und die Evangelische Kirche der Union rechnen sie zu ihren Bekenntnisgrundlagen. Alle Kirchen sehen in der Barmer Theologischen Erklärung ein wichtiges theologisches Dokument aus der Zeit des Kirchenkampfes.

gen zugreifen darf, nur auf die Kirche nicht. Es war ein eigener Raum mit einem eigenen Recht und einem vom Staat DDR unabhängigen Auftrag. Der Staat hat immer wieder versucht, Kirchen zu sprengen, um auf diese Weise ein Signal zu setzen, dass Kirche etwas von gestern ist, dass man Kirche für die entwickelte sozialistische Gesellschaft nicht mehr braucht. Die wichtigsten symbolträchtigsten Kirchensprengungen waren die in der Garnisonkirche in Potsdam oder der Versöhnungskirche in der Bernauer Straße. Es war ein Versuch, der im Grunde die gesamte DDR-Zeit mit unterschiedlichen Methoden anhielt. Der Versuch, die Kirche mundtot zu machen, hat den Staat DDR immer in der Auseinandersetzung mit den Kirchen geleitet. Die Kirchen waren der einzige permanent offene, öffentliche Ort und boten Raum für kritische Öffentlichkeit, in dem der Staat nur versucht hat zu beobachten, jedoch keinen direkten Einfluss hatte.

Was man unter Kirche im Sozialismus verstand, war von Gemeinde zu Gemeinde, teilweise auch von Pfarrer zu Pfarrer unterschiedlich. Natürlich haben die Synoden versucht, das in Teilen auch zu beschreiben, doch der Konsens war in diesem Bereich nicht so groß. Es war also auch eine widersprüchliche Beschreibung, die immer individuell ausgelegt worden ist. Was die Kirche auch geprägt hat, war der permanente, konsequente, intensive Kontakt zur Bundesrepublik. Es gab tausende von Partnergemeinden, die über die ganzen Jahre kontinuierlich einen Austausch pflegten. Es gab Begegnungen mit Menschen, die im Glauben eins waren, aber



Steffen Reiche 1990

die sich eben dann auch sehr intensiv austauschten über politische Einschätzungen der Situation in der DDR und in der Bundesrepublik. Es wurden zunehmend junge Menschen in diesen Austausch der Partnergemeinden mit eingebunden, so hatten junge Christen in den jungen Gemeinden auf diese Weise auch den direkten Vergleich. Außerdem gab es die kontinuierliche Bruderhilfe aus den Partnerkirchen in der Bundes-

republik, die die Pfarrer in der DDR unterstützten, um ihr Einkommen ein Stück weit aufzubessern, da diese das geringste Einkommen hatten.

Kirchen wurden systematisch an den Rand gedrängt. Ursprünglich war 90% der DDR-Bevölkerung in Kirchen organisiert. Am Ende der DDR-Zeit war durch diese Säkularisierung und einen teilweise auch ganz bewusst atheistischen Unterricht in den Schulen die Zahl der Christen auf 30% zurück gegangen.

***Als Opium für das Volk wurde
Religion den Schülern
beziehungsweise der Bevölkerung
dargestellt.***

Ich erinnere mich gerne, dass 1983 im Schweriner Dom ein Plakat zu finden war mit einem kleinen Brief an Karl Marx: „Lieber Karl Marx, ja, du hast Recht, viele von uns missbrauchen Religion als Opium. Danke für deine harte Kritik, aber lass dir bitte auch etwas sagen: Viele von uns erleben Religion als Vitamin. Schade, dass du solchen Christen offenbar zu wenig begegnet bist.“

Sie können sich vorstellen, dass dieses Plakat wenig später entfernt war.

Aber in der Kirche war und blieb Freiraum, der kontinuierlich anwuchs. Es wurde ein freies Wort zu den verschiedensten Themen gesprochen. Gruppen wie die jungen Gemeinden, die Mütterkreise, die Kreise für junge Erwachsene, die Frauenhilfe und die verschiedenen Umweltgruppen, die sich zunehmend in der Kirche fanden, die Gruppen, die auch zunehmend politisch tätig sein wollten und von der Kirche ein Dach bekamen, konnten zu verschiedensten Themen in der Kirche in aller Offenheit reden. Zugleich haben die Pfarrhäuser, aber teilweise auch die Pfarrbibliotheken für diese Gespräche Literatur zur Verfügung stellen können, die es anderenorts nicht gab. Es gab in den Kirchen ein anderes Selbstverständnis. Pfarrer Eppelmann hat in der Samariterkirche in Berlin mit Blues-Messen ganz neue Menschen in die

Kirche gebracht und dort auch das politische Gespräch ermöglicht. In den letzten Jahren konnten immer wieder auch Sänger oder Lyriker, die Auftrittsverbote hatten, in der Kirche auftreten.

Eine zunehmend wichtige Rolle der Kirche war, junge Menschen zu motivieren, den Wehrdienst in der nationalen Volksarmee mit der Waffe zu verweigern und ihren Dienst bei den Bausoldaten zu machen. Rund 1 % der jungen Menschen, die gezogen worden sind, haben den aktiven Dienst in der NVA dann verweigert und Dienst bei den Bausoldaten gemacht, wo sie natürlich auch in den Formen der dort möglichen Gespräche zunehmend wichtige Impulse bekamen, gemeinsam zu widerstehen.

In vielen Gemeinden bis hin in kleine Dörfer, wie zum Beispiel in Thüringen, wo Pfarrer Schilling eine ganz neue Form der Jugendarbeit gewagt hat, gab es Impulse für Jugendliche, dort an Wochenend-Rüstzeiten teilzunehmen. Wir haben das auch ganz bewusst immer wieder nicht als Freizeiten wie in den Westkirchen bezeichnet, sondern als Rüstzeiten. Wir haben gespürt, dass bei diesen Ferien, beziehungsweise bei diesen Seminaren, die dort gemacht worden sind, Menschen gerüstet wurden für den Widerstand gegenüber Unrecht in der DDR-Gesellschaft, für den Widerstand, um Freiräume zu gewinnen.

Ab 1978 gab es mit dem Gespräch, das Bischof Schönherr mit Erich Honecker geführt hat, Versuche, das Verhältnis Kirche - DDR-Staat etwas anders zu organisieren und von den bis dahin vorhandenen großen Spannungen zu befreien. Dieser Prozess hat viele Dinge zusätzlich und neu ermöglicht, wie zum Beispiel Kirchenbau- und Rekonstruktionsprogramme als Anerkennung der Dienste, die sie im sozialen

Bausoldaten

Insbesondere auf Drängen der Kirchen hin wurde diese einzige Möglichkeit den Dienst an der Waffe zu verweigern 1964 geschaffen den es in keinem anderen sozialistischen Land sondern nur in der DDR gab. Bausoldaten wurden in verschiedenen Bereichen eingesetzt. Während viele Bausoldaten vergleichsweise "zivile" Aufgaben als Gärtner, Krankenpfleger in Militärkrankenhäusern oder Küchenhelfer bekamen, wurden andere beim Bau von militärischen oder halb-militärischen Einrichtungen eingesetzt.

Eine eigentliche Wehrdienstverweigerung war nicht vorgesehen. Wer den Wehrdienst auch als Bausoldat nicht ableisten wollte, musste unweigerlich mit Gefängnis rechnen, an das sich nicht selten eine Ausweisung aus der DDR anschloss. Bausoldaten mussten während ihrer Dienstzeit aber auch hinterher mit Schikanen rechnen. Ein Studienplatz blieb ihnen oft verwehrt.

Bereich geleistet hat. Die Kirche war in all diesen Jahren immer wieder auch vorsichtig, heute wissen wir, an manchen Stellen war sie wohl auch zu vorsichtig, weil sie den Bogen nicht überspannen wollte.

Die kirchenleitenden Bischöfe haben ihre Rolle ganz unterschiedlich angenommen. Bischof Forck in Berlin und Bischof Hempel in Dresden sind als zwei Bischöfe zu nennen, die sich durch den Druck des DDR-Staates wenig beeinflussen ließen. Sie haben im Vertrauen auf den Auftrag, im Vertrauen auf Jesus Christus gesagt: *„Wir machen das, was wir für richtig halten, auch wenn es in einigen Fragen eventuell gefährlich ist, auch wenn uns manche in der Kirche versuchen, da zurück zu halten.“* Insofern sind seit 1980 dann, also praktisch für 9 Jahre, in der DDR die Friedensdekaden entstanden. In dieser Zeit wurde im Westen der NATO-Doppelbeschluss sehr intensiv diskutiert. Das großartige Denkmal, das die Sowjetunion an die UNO geschenkt hat, welches in New York steht und einen Schmied zeigt, der ein Schwert zu einer Pflugschar umschmiedet, wurde zum Zeichen der Abrüstungsbefürworter. Es wurde ein Zeichen insbesondere für Menschen in jungen Gemeinden, die sich für Frieden in anderer Weise einsetzen wollten, als der DDR-Staat es vorgab. Die beiden eben genannten Bischöfe haben dieses über viele Jahre verbotene Zeichen, was junge Menschen trugen, auch in Solidarität mit getragen.

Staat und Opposition waren immer wieder unzufrieden mit der Kirche, weil die Kirche ja ursprünglich und auch zentral einen anderen Auftrag hatte. Durch ihren zusätzlichen politischen Auftrag wurde die Kirche vom DDR-Staat bekämpft. Viele in der Opposition, die in den Kirchen laufen gelernt haben, waren mit diesem Engagement in

Teilen unzufrieden, weil es ihnen nicht genügend weit ging. In den auslaufenden 80er Jahren boten die Kirchen gerade in Berlin für die Menschen, die Ausreise beantragt hatten, einen Ort für Gespräche, einen Ort für die Seelsorge und gleichzeitig auch einen Ort, wo man sozusagen diese Übergangszeit, in der man quasi schon aus Teilen der DDR-Gesellschaft ausgeschlossen war, warten konnte. Die Ausreisewilligen bildeten im Jahre 1987 eine immer größer werdende Gruppe. Sie fanden in der Kirche klare Worte und haben dann auch zu den vielen Gruppen, die sich im Rahmen des konziliaren Prozesses und der Friedens- Umwelt- und Gerechtigkeitsarbeit bildeten, beigetragen. So konnte sich aus den Kirchen heraus mit der Kerze in der Hand eine so große Protestbewegung formieren.

Ich denke also, man kann mit gutem Recht sagen, hätte die Opposition in der Kirche nicht den aufrechten Gang gelernt, hätte die Kirche nicht den Raum für das offene Gespräch gegeben, wäre die DDR vielleicht einige Jahre später mit fatalen Folgen zusammengebrochen. So hat die Kirche ihren diakonischen Beitrag geleistet, dass dort von Anfang an mit der klaren Orientierung auf Gewaltlosigkeit nicht nur Widerspruch, sondern auch Widerstand entstehen konnte. Es war ein ganz zentrales Anliegen zu sagen:

„Ja, wir wollen widerstehen, aber wir wollen es gewaltlos machen“

Insofern kann man die Rolle der Kirchen in dieser Zeit gar nicht hoch genug einschätzen. Die Bürgerrechtsbewegung und alle sind bis heute dankbar für das, was die Kirchen in dieser Situation geleistet haben.

Die Rolle der Kirchen als Ort für Oppositionelle

Vielen Dank für die Einladung hier nach Erkner. Wie ich gehört habe, sind die meisten von Ihnen aber aus dem sogenannten alten Bundesgebiet hergereist. Wir freuen uns natürlich auch immer sehr, wenn Interesse aus den alten Bundesländern an der Geschichte von 1989, aber auch an den Entwicklungen davor geäußert und an uns herangetragen wird. Gelegentlich haben wir ein bisschen das Gefühl, dass die Geschichte der DDR und die Geschichte der Deutschen Teilung nach wie vor in der Bundesrepublik als Teilgeschichte der Ostdeutschen dort drüben verstanden wird. Insofern freue ich mich heute auf die Begegnung mit Ihnen. Ich bin heute als Zeitzeugin eingeladen worden und habe mich deshalb auch gar nicht hingestellt und einen Vortrag vorbereitet. Sondern habe gedacht, dann tue ich das, was eigentlich auch mein tägliches Brot ist, nämlich die Zeitzeugenarbeit in der Berliner Gedenkstätte „Berliner Mauer“ zu verantworten. Ich erzähle Ihnen einfach aus meiner Perspektive, das was heute Thema sein soll, nämlich die Rolle der Kirche für die Oppositionellen. So ist es an mich herangetragen worden und ich glaube, dass es auch ein ganz spannendes, interessantes und sehr weites Feld ist.

Sie haben in den letzten Tagen und Wochen sicherlich sehr viel in den Medien wahrgenommen, was zum Thema 20 Jahre danach gesendet und jetzt berichtet wurde. Immer wieder spielten die Kirchen dabei eine Rolle. 1989 spätestens sind die Kirchen in der DDR zu einem Sammelpunkt geworden, für diejenigen, die innerhalb der DDR versucht haben, sich zu artikulieren und zu protestieren. Aber das hat-



Dr. Maria Nooke

**Zeitzeugin, stellvertr. Direktorin
der Stiftung Berliner Mauer**

te natürlich eine lange Vorgeschichte nicht erst 1989, als die großen Demonstrationen und die großen Friedensgebete in Leipzig aber auch in vielen anderen Städten begannen und durchgeführt wurden, waren die Kirchen Anlaufpunkte.

Ich habe jetzt die große Chance, das was Steffen Reiche über die Bedeutung der Kirche in Bezug auf die Opposition dargestellt hat, ganz konkret an dem Beispiel wie ich es erlebt habe, Ihnen noch einmal vor Augen zu führen. Ich danke Steffen Reiche, er hat eigentlich alle Stichworte gegeben, die ich jetzt noch einmal versuche aufzugreifen und vielleicht so ein bisschen mit Fleisch zu füllen. Ich komme aus einer Kleinstadt die 150 km südlich von Erkner liegt. Es ist eine Stadt an der polnischen Grenze, die durch die Kriegereignisse geprägt ist. Die Stadt war ursprünglich beidseitig der Neiße gelegen und nach dem Zweiten Weltkrieg war ein Stadtteil zerstört. Der andere, der auf deutschem Gebiet, später dann im DDR-Gebiet lag, hat weiter existiert. Diese Stadt war ein Zentrum der Bekennenden Kirche in der

Lausitz.

Günther Jakob - wer sich vielleicht in der Geschichte der Bekennenden Kirche auskennt, wird ihn kennen - war dort damals Pfarrer, hat ein Zentrum der Bekennenden Kirche gegründet und war einer der Initiatoren des Pfarrernotbundes. Diese Prägung, die durch Günther Jakob und die bekennende Kirche dort in den 30er Jahren in den Gemeinden sich festgesetzt hat, spielte eine große Rolle nach dem zweiten Weltkrieg und mit Gründung der DDR, sowie den Auseinandersetzungen, die sich zwischen Staat und Kirche abspielten.

In dieser Stadt war immer ein Potenzial an kritischen Pfarrern und kritischen Gemeinden. Es gab allerdings auch immer Konflikte,

Pfarrernotbund

Im Herbst des Jahres 1933 schlossen sich unter anderem Martin Niemöller und Dietrich Bonhoeffer im Pfarrernotbund zusammen und bildeten die Opposition gegen das Kirchenregiment. In Bindung an Bibel und Bekenntnis wandte sich der Pfarrernotbund gegen staatliche Eingriffe in die Kirche, insbesondere gegen die Entlassung nichtarischer Pfarrer aufgrund der Übernahme von Teilen des „Arierparagraphen“ in die kirchlichen Gesetze.

denn wir hatten in der Stadt eine Gemeinde, die von den deutschen Christen geprägt war. Interessanterweise zeigte sich dann auch in den Auseinandersetzungen, die wir zu DDR-Zeiten zwischen Staat und Kirche hatten, dass die Gemeinden die wirklich aus der Tradition der Bekennenden Kirche

in der DDR gelebt haben, sehr viel mutiger und sehr viel konsequenter ihr christliches Selbstverständnis auch nach außen getragen haben.

Mein Vater war Pfarrer, ist in den 1950er Jahren aus politischen Gründen inhaftiert gewesen und nach seiner Haft dann in diese Stadt gezogen. Ich bin also in einer Familie und in einem Elternhaus aufgewachsen, wo ich eigentlich von Kindheit an er-

lebt habe, was es bedeutet, in der DDR als Christ zu leben. Nämlich sich sehr genau bewusst zu machen, wie man leben will, was man nach außen trägt, welche Überzeugung man hat und was es bedeutet, als Christ Verantwortung auch innerhalb einer atheistischen Gesellschaft zu tragen, die ganz klar gegen Christentum und gegen Kirche ausgerichtet ist. Ich kann mich erinnern, dass es für mich sehr prägend war, dass mein Vater immer sagte:

„Alles was du sagst, dazu musst du auch stehen können. Sage nichts was du dann vielleicht später zurück nehmen musst, aber wenn du es sagst dann stehe auch dazu.“

Das hat nicht nur mich und meine Geschwister geprägt, sondern das hat er auch in der Kinder- und Jugendarbeit zum Ausdruck gebracht. Das heißt, es gab innerhalb dieser Gemeinde und auch in anderen Gemeinden in diesem Kirchenkreis, ganz starke Jugendarbeit, und interessanterweise waren es immer Gemeinden, in denen die Pfarrer ganz konsequent ihre Positionen vertreten haben.

Als Beispiel hierfür ist die Jugendweihe zu nennen. Nach dem Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 hat die Staatsführung überlegt, wie man Identifikationspunkte schaffen kann, um Menschen dazu zu bringen, dass sie sich mit dieser sozialistischen Gesellschaft identifizieren. In diesem Zusammenhang sind zwei Maßnahmen ergriffen worden. Gleich im Juli 1953 hat man beschlossen, zum einen in den ehemaligen Konzentrationslagern Buchenwald, Sachsenhausen und Ravens-

brück, Gedenkstätten zu errichten, um den „Antifaschismus“-Mythos in der DDR zu verankern. Man wollte die Bevölkerung mit hinein nehmen in das Selbstverständnis, dass die DDR der Antifaschistische Staat ist und dass im Westen die Nazis sitzen. Zum anderen wurde die Jugendweihe wieder eingeführt, um die Jugend zu binden. Ursprünglich war die Jugendweihe Ende des 19. Jahrhunderts vom Freidenkerverband gegründet worden, dann von den Nazis verboten worden, nach dem Zweiten Weltkrieg wieder ins Leben gerufen und 1949 wieder verboten worden, als die DDR gegründet wurde. 1955 gab es dann die erste staatliche Jugendweihe, jetzt zentral gesteuert von der SED. Schon 1959 sind 98% der Jugendlichen zur Jugendweihe gegangen, weil über diese Schiene ein unheimlicher Druck auf sie ausgeübt wurde. Sie wurden regelrecht zu diesem Bekenntnis zum Staat, welches die Jugendweihe ja beinhaltet hat, gezwungen. Das war so ein Denkmodell was die SED hatte:

„Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Wer also nicht zur Jugendweihe geht, ist gegen uns, ist gegen den Staat.“

Das war gefährlich. Jeder, der in der DDR aufgewachsen ist, musste sich dem stellen und sich überlegen, ob er sich in diese Ecke schieben lassen will. Die Frage war, ob man als Staatsfeind dastehen möchte oder ob man sich unterordnet, obwohl man vielleicht gar nicht davon überzeugt ist.

In unseren Gemeinden gab es zwei Pfarrer, die dann den Kompromiss eingingen, den viele Kirchen in dieser Zeit eingegangen sind. Sie boten Kindern, die in großer Not die Jugendweihe gemacht haben, trotz

ihres christlichen Glaubens an, sie parallel dazu oder ein Jahr später noch zu konfirmieren. Es gab bei uns aber auch zwei Pfarrer, die das nicht gemacht haben und gesagt haben: *„Man kann nur ein Bekenntnis haben. Entweder bekennt man sich zum Sozialismus, dann geht man zur Jugendweihe, oder man bekennt sich zum christlichen Glauben, dann kann man nicht zur Jugendweihe gehen, sondern nur Konfirmation machen.“* Interessanterweise war in den beiden Gemeinden in denen eine ganz klare Haltung durchgezogen wurde, die größte Gruppe von Konfirmanden und junger Gemeinde. Also die Mauschelei, *„wir machen beides, ist ja nicht so schlimm“*, wurde nicht mitgemacht und das hatte einen sehr großen Effekt. Weil eben diese großen Konfirmandengruppen so auffällig waren in diesen beiden Gemeinden, wurden dort in den 1970er Jahren neue Lehrer, vor allem auch Direktoren, Staatsbürgerkundelehrer und Parteisekretäre in die Schulen gebracht, die den klaren Auftrag hatten, den Einfluss der Kirche zurückzudrängen und die Jugendweihe-Zahlen steigen zu lassen. Das führte dann dazu, dass wir in der jungen Gemeinde unheimlich viel über diese Themen gesprochen haben.

„Was bedeutet es? Wo mache ich mit? Wo mache ich nicht mit? Was bedeutet es für mich als Christ, Verantwortung in dieser Gesellschaft zu übernehmen?“

Die Konsequenzen waren normalerweise, wer nicht zur Jugendweihe geht, bekommt auch keinen Zugang zum Abitur. Bei mir wurde damals gesagt, wenn ich Abitur ma-

chen will, muss ich in die FDJ eintreten. Ich habe das abgelehnt und erstaunlicherweise trotzdem die Zulassung zum Abitur bekommen, was nicht alle meiner Geschwister machen durften. Aber als ich es dann in der Tasche hatte war ganz klar:

„Was soll ich in diesem Land studieren mit einer Überzeugung, die nicht mit dem übereinstimmt, was ich dann möglicherweise vermitteln will?“

Meine Vorstellungen waren Psychologie oder vielleicht Pädagogik zu studieren, aber mir war völlig klar, das geht nicht. Alle meine Versuche, eine Nische für mich zu finden, haben mich in große Bedrängnis gebracht. Ich wollte nicht Pfarrer werden, wie so viele, die ich kannte, die dann an die kirchlichen Hochschulen gegangen sind, weil dort freie Meinungsäußerung und ein freier Geist wirkte, aber eigentlich wollten sie gar nicht unbedingt Pfarrer werden.

Deswegen sind auch 1989 so viele in die Politik gegangen. Das waren nämlich diejenigen, die eigentlich etwas ganz anderes wollten.

Die anderen, die Frauen, sind meistens Krankenschwestern geworden, aber Krankenschwester wollte ich auch nicht werden. Ich habe mich dann für einen Beruf entschieden, den ich eigentlich auch nie wollte. Ich bin in die Religionspädagogik gegangen, in der DDR hieß das Katechetik, und habe eine Ausbildung gemacht für Kinder- und Jugendarbeit.

In den 1980er Jahren habe ich begonnen,

in Leipzig in diesem Bereich zu arbeiten. Das war sehr spannend, denn Leipzig ist ja eine der wenigen weltoffenen Städte in der DDR gewesen. Zweimal im Jahr war Messe und da kam alle Welt nach Leipzig. Dadurch gab es dort einen gewissen Freiraum. Auch in der Gemeinde, in der ich damals gearbeitet habe, habe ich das erlebt. Wir hatten eine offene Jugendarbeit, was ein Konzept war, welches in den Kirchen seit Anfang der 1980er Jahre verfolgt wurde. Ein Konzept was beinhaltete, dass neben der jungen Gemeindearbeit auch offene Jugendarbeit gemacht wurde. Jugendliche, die nicht unbedingt kirchlich gebunden waren, aber nach einem Ort suchten, wo sie sich versammeln, diskutieren und nachdenken konnten, wurden angesprochen. In unserer Gemeinde gab es zum Beispiel eine große Gruppe von Punks, die immer auftauchten, was alle sehr aufregend fanden, was aber manchmal auch etwas dramatisch war. Wenn sie dann zum Beispiel ihre Punkkonzerte im Gemeindehaus abhielten und die traditionell geprägte Gemeindegemeinschaft irgendwie nicht so recht wusste, was da überhaupt läuft, gab es auch Auseinandersetzungen, die manchmal nicht ganz einfach waren.

1985 bin ich dann aber aus Leipzig weggegangen. Das hatte den Hintergrund, dass mein Mann mit seinem Studium fertig war. Er hat Physik studiert, was für ihn eine Nische war. Er hat sich gesagt, dass Naturwissenschaften in aller Welt irgendwie gleich sind. Die Formeln werden in Amerika, in der Sowjetunion und in der DDR genauso gelernt. Nach dem Abschluss seines Studiums hat er keine Stelle bekommen. Das war völlig unnormal, denn in der DDR sind ja die Studiengänge und auch die Absolventenvermittlung zentral gelenkt worden. Normalerweise hat jeder Student danach sofort eine Stelle zu-

gewiesen bekommen, was bei ihm allerdings nicht so war. Immer wenn er sich dann selbst für etwas beworben hatte und sie ihm schon signalisiert hatten ihn zu nehmen, bekamen sie die Kaderakten zugeschickt, woraufhin dann alles vorbei war. So kam es dann dazu, dass wir einen Weg gesucht haben, wie wir als Familie, wir hatten damals schon zwei Kinder, auch irgendwie weiter zusammen leben können. Wir sind dann nach Forst zurück gegangen, er hat sich in Cottbus einen Job gesucht, und ich habe in der Gemeinde, in der ich selbst aufgewachsen bin, gearbeitet. Mein Vater war dort nicht mehr Pfarrer, und ich habe in dem Kirchenkreis eine Anstellung für Kinder- und Jugendarbeit bekommen.

Das war dann eine hochspannende Geschichte. Ich kam in eine Situation hinein, wo von den fünf Gemeinden gerade vier Pfarrstellen unbesetzt waren. Das war alles ziemlich dramatisch, ein Pfarrer reiste aus, einer musste wegen Scheidung gehen, der dritte ging, weil er die Stelle wechselte, und beim vierten weiß ich es gar nicht mehr. Jedenfalls war ich dann als Mitarbeiterin für Kinder- und Jugendarbeit plötzlich mit dem konsequenten Pfarrer, von dem ich vorhin schon gesprochen ha-



**Kennzeichen und Slogan der Friedensdekaden in der DDR:
Schwerver zu Pflugscharen**

be, in dieser Kreisstadt mit den vielen Gemeinden und Dörfern rund herum, alleine. Ein großes Glück war, dass die Stellen relativ schnell mit jungen Pfarrerinnen aus unserer Generation besetzt wurden, die in ihrem Denken und in ihren Vorstellungen uns ganz ähnlich waren. Wir hatten sofort ein gemeinsames Level, auch in unseren politischen Ansichten und den Vorstellungen, wie Gemeindefarbeit in einer sozialistischen Gesellschaft und zumal in der kriegsgeschüttelten DDR sein könnte. Wir haben sehr viel miteinander gearbeitet und eine tolle Jugend- und Konfirmandenarbeit gemacht.

Das merkte man dann natürlich auch an dem, was sich innerhalb der Gemeinden entwickelte. Die Friedensdekaden haben schon seit Anfang der 1980er Jahre eine große Rolle gespielt. Wir haben in der Kinder- und Jugendarbeit unheimlich viel Zulauf gehabt. Ich erinnere mich noch an die Schlussrunde einer solcher Rüstzeit, als ein 12-jähriger Junge mit glänzenden Augen sagte: „*Am tollsten an dieser Woche hier fand ich, dass man die Leiter duzen durfte.*“ Das klingt sehr banal, aber die Kinder haben einfach gemerkt, dass es ein anderes pädagogisches Konzept ist, dass sie aufgenommen sind, dass sie ernst genommen werden, dass sie nicht nur trainiert werden, sondern dass sie innerhalb dieser kirchlichen Arbeit auch Raum haben, und dies hat natürlich großen Spaß gemacht.

Seit Mitte der 80er Jahre hatten wir dann mit den lokalen Problemen zu kämpfen. Das ist auch eine meiner Thesen, dass ich glaube, dass Opposition in der DDR nicht nur in Berlin und in den großen Städten entstanden ist, wo Künstler und frei denkende Menschen sich engagiert haben. Sondern die lokalen Probleme und Gegebenheiten waren häufig Konfliktpunkte, die

dann Menschen motiviert haben sich damit auseinanderzusetzen. Wir lebten in einem Gebiet, in dem der Braunkohlenabbau ein unheimliches Ausmaß angenommen hatte. Die Lausitz ist ja der Braunkohlebezirk der DDR gewesen und die Perspektiven sahen sehr traurig aus. Die Stadt Forst sollte rundherum durch Braunkohletagebau abgebaggert werden. Es wäre eine Insel zwischen der polnischen Grenze gewesen, die ja seit Anfang der 80er Jahre wieder geschlossen wurde, nachdem *Solidarność* dort aktiv geworden war. Sogar die Autobahn und die Hauptverkehrsverbindung zur Bezirksstadt wären gekappt worden und man hätte riesengroße Umwege fahren müssen.

Diese Perspektive, hinzu kam auch noch Tschernobyl, hat dann einige in der Stadt dazu motiviert, sich zusammenzuschließen und einen Friedenskreis zu gründen. Das war eine dieser Bezeichnungen, die die Basisgruppen innerhalb der Kirche sich gegeben haben. Es gab Ökologiegruppen, Friedensgruppen, Gruppen, die sich mit 3. Welt-Fragen beschäftigt haben, oder auch Frauengruppen, die sich zusammengetan haben. In diesem Fall war es also ein Friedenskreis, der sich insbesondere mit ökologischen Fragen auseinander gesetzt hat. Die erste Aktion war die Ausstellung „Krieg im Kinderzimmer“, die wir in der Stadtkirche gemacht haben. Die Ausstellung hat ein großes Echo bei den Bewohnern der Stadt gefunden, aber natürlich auch sofort kritische Betrachtung von Seiten des Staates auf sich gezogen. Das ist ein weiterer Punkt, der vorhin schon erwähnt wurde, der aber keinesfalls so harmlos war, sondern eigentlich die innerkirchliche Arbeit auch derer, die sich dann zu Oppositionsgruppen entwickelten, heftig beschäftigt und teilweise auch bedrängt und belastet hat.

Also dieser Friedenskreis hatte sich gegründet, agierte innerhalb der Kirche und hatte verschiedene Veranstaltungen. Es waren alles sehr dramatische Wochen und Monate, als zum Beispiel ein Dorf in unserer Umgebung abgebaggert wurde, die Menschen alle umziehen mussten, der letzte Gottesdienst in der Kirche stattfand und die Gräber auf dem Friedhof umgebettet werden mussten. Der Friedenskreis hat das auch mit begleitet und sich entsprechend eingesetzt.

Es gab dann einen Punkt in der Friedensdekade 1987, der zu einer Eskalation führte und dann auch zu einer Veränderung innerhalb dieses Friedenskreises, und daraus ist dann wirklich Opposition geworden. Und zwar war geplant, zur Friedensdekade ein Konzert mit Stephan Krawczyk und Freya Klier abzuhalten. Das waren zwei Künstler, die in der DDR Auftrittsverbot hatten und nur noch innerhalb der Kirche auftreten konnten. Der Staat hat natürlich versucht, auch diese Auftritte innerhalb der Kirche zu unterbinden. Das heißt, sie wurden so unter Druck gesetzt, auch die Gemeinden, die ihnen die Möglichkeit zum Auftritt geben wollten, dass sie das absagten. Es ist ja vorhin schon angeklungen, dass die Kirche ihrem Auftrag gemäß auch einen Freiraum hatte, in den der Staat nicht „reinregieren“ konnte. Wenn wir innerhalb der Kirche gesagt haben, dass es eine gottesdienstliche Veranstaltung ist, dann konnte der Staat dagegen nichts machen.

Nun haben Stephan Krawczyk und Freya Klier sehr politische Programme gehabt, und da gab es dann innerhalb der Kirche Konflikte, inwiefern das wirklich noch ein gottesdienstliches Programm ist und ob es nicht schon so politisch ist, dass es uns schaden kann? Wir haben dieses Konzert im November 1987 wie gesagt geplant,

und es eskalierte dann insofern, dass der Pfarrer, der es organisiert hat, in immer kürzeren Abständen zur Abteilung Inneres des Rates des Kreises gerufen wurde. Dazu muss man wissen, dass das die staatlichen Stellen, die administrativen Stellen waren, die den Kontakt zur Kirche zu halten hatten. Die Kirchenpolitik an sich wurde ja von der SED gemacht. Es gab im ZK (Zentralkomitee) die Arbeitsgruppe Kirchenfragen, die die Richtlinien vorgab. Die Umsetzung im Bezug auf die Institution Kirche war dann im Staatssekretariat für Kirchenfragen angesiedelt. Auf der Bezirksebene war es die Abteilung Inneres des Bezirkes und auf der Kreisebene die Abteilung Inneres beim Rat des Kreises. Im Hintergrund für niemanden erkennbar war es natürlich noch die Staatssicherheit Abteilung 20/4, die für Kirchen zuständig war. Die also konspirativ gearbeitet hat und auch die Strategien gegen die Kirche oder mit der Kirche in Bezug auf die Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED mitbestimmt hat. Davon wussten wir damals natürlich noch gar nichts. Wir wussten nur, dass die Abteilung Inneres zuständig für die Kirche ist, und da liefen die Gesprächskontakte, da wurden irgendwelche Sachen ausgehandelt. Wenn zum Beispiel eine Kirche gebaut wurde, dann war der Ansprechpartner in der Abteilung Inneres. Diese Gespräche wurden natürlich nicht immer sehr locker geführt, sondern da wurde mit kräftigen Drohungen gearbeitet. Dazu kam, dass man versucht hat, auch kirchenleitende Menschen mit einzubinden.

Das ist etwas, was ich an einem konkreten Beispiel deutlich machen möchte. Die Kirche hat ihre große Aufgabe innerhalb der 1980er Jahre gehabt, und daran ist nichts zu rütteln. Dennoch gab es unheimliche Konflikte. Im Bezug auf dieses Konzert

von Stephan Krawczyk zum Beispiel, war der in Cottbus ansässige Generalsuperintendent, der Zuständige für verschiedene Kirchenkreise, vom Staat schon Monate zuvor vorgeladen worden und ihm war deutlich gemacht worden, dass er dafür zu sorgen hat, dass keine Konzerte von Stephan Krawczyk und Freya Klier im Bezirk Cottbus stattfinden haben. Ich habe die Akten alle gelesen und gesucht, und es war ein trauriges Ergebnis, dass sich das, was wir damals schon befürchtet hatten, auch in den Akten dann bestätigte. Der Generalsuperintendent hatte dem staatlichen Vertreter zugesichert, dass er dafür sorgen wird, dass es keine Konzerte gibt. Gemeindeglieder wurden von ihren Arbeitsstellen vorgeladen, sogar deren Kinder wurden in der Schule vorgeladen und ihnen wurde gesagt:

„Dieses Konzert hat nicht stattfinden, ihr habt da nicht hinzugehen. Der Gemeindeglieder hat dagegen zu stimmen und den Pfarrer zu überstimmen.“

Das lief also schon auf einer ziemlich heftigen Ebene. Der Pfarrer hat sich dann in seiner Bedrängnis nach den vielen Gesprächen, die in der Abteilung Inneres gelaufen waren, an den Generalsuperintendenten in Cottbus gewandt, weil er davon ausgegangen ist, dass der ihm Unterstützung geben würde. Er wusste natürlich nicht, dass dieser schon vor Monaten zugesichert hatte, diese Konzerte zu verhindern. Es ist ihm nicht an allen Stellen gelungen, aber in Forst ist es ihm gelungen. An dem Tag, an dem das Konzert stattfinden sollte, ist er selbst bei der letzten Ge-

meindekirchenratssitzung dabei gewesen und hat dann auf die Entscheidung hingewirkt, dass dieses Konzert abgesagt wird. Sie müssen sich die Szenerie vorstellen. Das Konzert war in der Nähe der Stadt, in einem kleinen Dorf namens Groß Bademeusel geplant. Es war das letzte Dorf kurz vor der polnischen Grenze. Zu diesem Dorf gab es nur eine Zufahrtsstraße, und an dem Konzerttag wurden alle Zufahrtswege kontrolliert. Die Polizei kontrollierte jedes Auto, der Busverkehr wurde eingestellt, Taxis durften nicht fahren und in der Kneipe war eine Veranstaltung abgesagt worden. Der ganze Ort wimmelte von Staatssicherheit und sogenannten gesellschaftlichen Kräften, also Leute aus sogenannten staatlichen Institutionen, wie Partei oder FDJ, die dorthin beordert wurden, um für Ordnung zu sorgen. Diejenigen, die zu diesem Konzert anreisten, waren also 100% unter Kontrolle. Niemand wusste so wirklich was passiert, denn der Gemeindegemeinderat tagte noch. Als dann die Kirche geöffnet wurde, hat die Staatssicherheit bankreihenweise die Kirche besetzt. Jede zweite Bankreihe war innerhalb kürzester Zeit von jungen Männern besetzt, die ganz eindeutig geschickt waren.



Februar 1988: der Liedermacher Stephan Krawczyk und Freya Klier nach ihrer Ausbürgerung aus der DDR in Bielefeld

Dann begann dieser Gottesdienst, und niemand von denen, die da in der Kirche waren, wusste, was denn jetzt eigentlich passierte. Nach der einführenden Andacht sagte der Generalsuperintendent der Gemeinde, dass dieses Konzert jetzt nicht stattfinden wird.

Diese Ohnmacht und diese Erfahrung, dass innerhalb der Kirche offensichtlich kein offenes Miteinander möglich ist, hat also zu einem unheimlichen Konflikt innerhalb der kirchlichen Mitarbeiterschaft mit dem Generalsuperintendenten geführt. Daraus entstanden ist zuerst ein Kontaktabbruch zum Staat. Wir haben in einer Kanzelabkündigung am kommenden Sonntag mitgeteilt, dass keine Gespräche mehr mit staatlichen Stellen geführt werden. Das haben wir 3 Monate durchgehalten, dann musste wegen Baufragen einfach wieder irgendetwas passieren. Das hat dazu geführt, dass sich eine Gruppe von ursprünglich vier jungen Leuten, Pfarrer aber auch nicht Kirchenmitarbeiter, zusammengefunden hat, die gesagt haben: *„Es reicht, wir müssen jetzt hier irgendetwas in dieser Region tun, um dieses Meinungsmonopol der SED zu brechen und um die Themen, die uns beschäftigen hier vor Ort und in der DDR, einfach auf den Tisch zu bringen.“*

Wir haben dann ein Informationsblatt mit dem schönen Namen „Aufbruch“ gegründet und im Januar 1988 die erste Auflage herausgebracht.

Das war gerade die Zeit, in der in Berlin die Umweltbibliothek von der Staatssicherheit überfallen worden war und dann im Januar bei der offiziellen Demonstration zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Oppositionelle mit eigenen Trans-

parenten und Plakaten teilnehmen wollten, die dann festgenommen wurden. Unter anderem auch Stephan Krawczyk und Freya Klier, die dann Anfang Februar ausgebürgert wurden. Dazu gehörten auch Bärbel Boley, Werner Fischer, Vera Lengsfeld und Ralf Hirsch, also wirklich zentrale Köpfe der DDR Opposition. Für uns in Forst hat es eine große Rolle gespielt, dass Stephan Krawczyk und Freya Klier dann auch festgenommen und abgeschoben worden waren. Das war sozusagen die Initialzündung zu sagen: „Jetzt lassen wir uns das nicht mehr gefallen.“

Mit der Veröffentlichung dieses Informationsblattes gingen die Konflikte eigentlich erst richtig los. Das waren nicht nur Konflikte mit dem Staat, sondern auch wiederum innerkirchliche Konflikte. Denn die Strategie des Staates, das ist auch heute noch in den Akten nachzulesen, war immer eine „innerkirchliche Differenzierung“ (wie es im Stasi-Jargon heißt) zu benutzen, um die Leute mundtot zu machen. In dem hierarchischen Staatsdenken der DDR ist man davon ausgegangen, dass ja auch die Kirche eine hierarchische Struktur hat, dass wenn man also Vorgesetzte vorlädt und unter Druck setzt und ihnen die maßgeblichen Entscheidungen und Entwicklungen vorlegt, dass die dann nach unten das durchdrücken und innerkirchlich die Sache klarziehen.

Weder ein Generalsuperintendent, noch

Der Denkfehler daran war, dass die Staatssicherheit und auch die staatlichen Stellen nicht kapiert haben, dass die Kirchen demokratisch verfasst sind.

ein Superintendent, noch ein Pfarrer können entscheiden, denn letztlich sind die demokratisch gewählten Gremien diejenigen, die eine Entscheidungsgewalt haben,

nämlich auf der untersten Ebene die Gemeindekirchenräte.

Wir hatten das große Glück, dass wir auf der Gemeindeebene einen unheimlichen Rückhalt hatten. Ich gehörte zu den vier Initiatoren des Informationsblattes und bin auf dem Blatt als Verantwortliche mit erschienen. Wir haben, als die Konflikte losgingen, sowohl große Unterstützung von Seiten der Kirche bekommen, als auch Riesenkonflikte gehabt. Der Kirchenjurist aus dem Konsistorium kam und sagte, dass das kirchenjuristisch alles gar kein Problem sei, solange wir einen Beschluss haben und eine kirchenjuristische Anbindung bekommen. Das könnte der Kreiskirchenrat sein, der das beschließt und uns beauftragt dieses Blatt zu schreiben, das könnte aber auch eine Gemeinde sein, also ein Gemeindekirchenrat. Da wir wussten, dass der Kreiskirchenrat das auf keinen Fall beschließen würde, denn der Superintendent hat schon kräftig versucht uns davon abzubringen, haben wir dann an vier Gemeindekirchenräte den Antrag gestellt und darum gebeten zu entscheiden, ob sie dieses Informationsblatt für die Gemeinde Forst haben wollen oder nicht. Wir haben von allen vier Gemeindekirchenräten, also von ganz einfachen Leuten, wie Bauern, Arbeitern und schlichten Menschen dieses große Vertrauen bekommen. Damit hatten wir eine kirchenjuristisch saubere Anbindung und damit konnte auch der Generalsuperintendent oder der Superintendent überhaupt nichts mehr machen.

Wir hatten natürlich auch sehr viel Unterstützung von den Pfarrern in der Region, die inhaltlich mit uns, auch wenn sie nicht selbst beteiligt waren, 100% übereinstimmten und das weitgehend mitgetragen haben. Diese Konflikte waren unheimlich schwierig und haben zu vielen, vielen Dis-

kussionen und Auseinandersetzungen sowie Kontroversen geführt, die auch nicht leicht auszuhalten waren. Aber das Ergebnis war, dass auch gerade diese Konflikte einen Mobilisierungsfaktor innerhalb der Gemeinden und dann auch darüber hinaus innerhalb der Stadt hatten.

Als man auch von staatlicher Seite realisiert hat, dass wir über diese kirchliche Schiene nicht mundtot gemacht werden können, hat man versucht, noch ein paar andere Instrumente einzusetzen. Man ist nicht gleich mit Haftstrafen gekommen, aber wir haben in relativ kurzen Abständen Ordnungsstrafen bekommen. Ich hab damals 250 Mark verdient als Mitarbeiterin für Kinder- und Jugendarbeit und hatte zum Schluss eine Ordnungsstrafe von über 4000 Mark. Das war natürlich alles völlig illusorisch und wir haben uns gar keine Gedanken darüber gemacht, denn das hätten wir sowieso nicht bezahlen können. Wir haben dann immer ein bisschen gelästert und gesagt, dann sollen sie pfänden kommen, bei uns gab es in der Wohnung sowieso nichts zu pfänden. Wir hatten keinen Fernseher, die Waschmaschine und die Spülmaschine durften sie nicht mitnehmen, denn bei einer Familie gehörte das zur Grundausstattung. Das war schon immer so ein bisschen auch ein Vabanquespiel. Ich habe dann später in den Akten gelesen, dass sie 1989 wirklich zum pfänden kommen wollten. Wir hätten uns darauf gefreut, wenn sie das Klavier heraustragen, es war nämlich ein ziemlich heftiges Klavier und die Tür war auch nicht so breit.

Diese Versuche blieben nicht nur bei Ordnungsstrafen, sondern das ging irgendwann auch über die Gemeindegemeinderäte, was natürlich für uns ein riesengroßer Konflikt war. Wir haben gesagt, für uns können wir allein entscheiden, aber wenn

wir jetzt andere mit rein ziehen, ist das noch einmal eine andere Frage, dann muss man gucken, ob man es ihnen zumuten kann. Doch sie haben dazu gestanden.

Die haben gesagt: „*Wir wollen jetzt etwas*

Das ist einfach eine dieser ganz tollen Erfahrungen, dass es Leute gab, die sich nicht mehr geduckt haben.

gegenhalten. Wir wollen jetzt innerhalb dieses konziliaren Prozesses in dem wir uns auch bewegt haben, unsere Stimme erheben, wir wollen die Themen ansprechen, wir wollen Kritik äußern.“

Die Konflikte wurden irgendwann auch über Forst hinaus wahrgenommen, also innerhalb dieser Netzwerke, die die Gruppen aufgebaut hatten, wie zum Beispiel „Frieden konkret“ oder die Umweltbibliothek. Die wussten dann alle Bescheid, dass die kleinen Kämpfer in Forst jetzt richtig Probleme haben, und das haben sie dann auch weitergetragen und einen etwas ironischen Artikel mit dem Titel „Provinzblatt in der Klemme“ geschrieben, was sehr viele mehr wahrgenommen haben. Wir haben unheimlich viel Solidarität bekommen und es wurden Gelder gesammelt, sodass wir unsere Ordnungsstrafen locker hätten bezahlen können, was wir aber nicht gemacht haben. Sondern wir haben die Gelder dann zum Beispiel für Inhaftierte in Leipzig gespendet, als sie im Januar 1989 während der Montagsdemonstrationen dort festgenommen wurden. Wir haben die Gelder einfach nach Leipzig geschickt und gesagt: „*Hier, ihr braucht jetzt gerade!*“ Also das war schon auch ein Zusammenhalt derer, die versucht haben, sich innerhalb der DDR zu artikulieren, und es hat sehr viel Aufmerk-

samkeit in der Stadt gegeben. Diese zunehmende Glaubwürdigkeit unserer Gruppe unter anderen Systemkritikern führte dazu, dass wir dann auch im Herbst 1989 ganz anders agieren konnten. Das erste Friedensgebet ist in Forst am 16. Oktober gewesen, eine Woche nach der ersten großen Demonstration in Leipzig und da war die Kirche knackevoll. In der Woche danach waren es schon so Viele, dass wir mit Lautsprecheranlagen nach draußen übertragen mussten. Diese Entwicklung, die man ja aus der gesamten DDR kennt, ist dann auch in dieser Stadt gewesen. Man hat einfach darauf gehört, was dieje-

nigen, die eben schon eine Stimme hatten und sich schon artikuliert hatten, dann gemacht haben. Also bei uns wurde zum Beispiel nicht das „Neue Forum“ gegründet, sondern aus dem Friedenskreis heraus gab es eine Gründung des „Demokratischen Aufbruchs“ und es gab auch intensive Kontakte zu „Demokratie Jetzt“. Das sind zwei Gruppierungen, die im September/Oktober 1989 innerhalb der DDR entstanden sind, als neue Bürgerrechtsbewegungen oder der „Demokratische Aufbruch“ als Partei. Es hat zur Folge gehabt, dass bei den ersten Kommunalwahlen 1990 in Forst der



9. November 1989, Leipzig: Demonstranten tragen ein Transparent, auf dem „Wir wollen keine Gewalt! Wir wollen Veränderungen!“ zu lesen ist. Mehr als 70 000 Menschen nahmen an dem Marsch teil, der nach dem Friedensgebet an der Nikolai-Kirche seinen Ausgang nahm. Mit der Aufforderung „Keine Gewalt“ war die friedliche Revolution geboren und das Ende der DDR eingeleitet.

„Demokratische Aufbruch“ 43% erzielt hat. Die Partei hat später dann mit der CDU fusioniert.

Allerdings nicht in Forst, in Forst sind es vorher wirklich diejenigen gewesen, die die ersten auf der Straße waren. Die Block-CDU, die ja von der SED bestimmt war, also das waren die sogenannten Roten, sind weg gewesen. Dieser Stadt ist es wirklich gelungen die alten Kader zu verdrängen und mit neuen Leuten eine Demokratie aufzubauen, das was wir immer gewollt haben. Das vielleicht jetzt nur mal so zur Illustration dessen, welche Rolle Kirche und Opposition in der DDR dann auch für die Entwicklungen im Herbst 1989 gespielt haben.

„Wendekinder“

Dies ist der Titel des Dokumentarfilms, der in Anwesenheit des Regisseurs Hans Sparschuh und der Protagonisten Susan Fischer und Robert Ide den Seminarteilnehmern vorgeführt wurde.

Zum Inhalt: Das Jahr 1989. Mauern werden eingerissen. In Ost-Berlin und Prag, in Bukarest und Warschau - in fast allen Ostblockländern soll nichts mehr so bleiben

wie es war. Umbrüche finden statt, die bis in die Familien gehen. Doch wie wirkt sich dieser Umbruch auf die Kinder der Umbruchzeit aus? Was geht in den Köpfen der Kinder vor, was treibt sie an und welche Erfahrungen machen sie in den unruhigen Zeiten? Über sie brechen die bunten Verlockungen einer schillernden Konsumwelt herein. Bei der HO um die Ecke gibt es nun Bananen, Westzeitungen und die heiß ersehnte "Bravo" - Wendekinder zwischen Versuchung und neuer Lebenswirklichkeit. Anhand von sieben Einzelschicksalen erstellt der Dokumentarfilm ein eindrucksvolles filmisches Psychogramm dieser Generation.

Die Elterngeneration ist mit sich selbst beschäftigt. Es gibt neue Perspektiven, aber auch Ängste, Auf- und Zusammenbrüche. Und irgendwo dazwischen stehen die Kinder. Wie erinnern sie sich heute an die Zeit damals, und was ist aus ihnen geworden?



Im Anschluß an die Filmpräsentation ergab sich eine lebhafte und interessante Diskussion mit Regisseur und den Protagonisten des Films

Frauen in Ost und West: Hoffnungen, Schwierigkeiten, Ansprüche nach der Wiedervereinigung und heute

Podiumsdiskussion mit:

Moderation: Dr. Elisabeth Botsch (DFR)

Tatjana Böhm

Rosita Griem (DFR)

Gertrud Wartenberg (DFR)

Christine Rabe

Elisabeth Botsch: Wir wollen uns der Frage zuwenden „Frauen in Ost und West – Hoffnungen, Schwierigkeiten, Ansprüche nach der Wiedervereinigung und heute“. Zuerst mal die Frage an Tatjana Böhm, wie ist denn die Sicht gewesen damals auf den Mauerfall, es ging in Richtung Wiedervereinigung, wie war denn die Sicht der ostdeutschen Frauen auf diese Entwicklung?

Tatjana Böhm: Also, wie fast alles war das natürlich gespalten, ambivalent. Aber vielleicht lese ich Ihnen mal vor, was damals, als wir uns als Bürgerinnenbewegung gegründet haben, drei Thesen waren, die wir in den ersten Pressekonferenzen vertreten haben, die wir auch am Runden Tisch vertreten haben, die auch teilweise sogar noch eine Rolle im Einigungsvertrag gespielt haben. Erstens, unser Gründungsmotto war *„Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“*. Es ging darum, einen neuen Staat aus der Taufe zu heben, erst eine neue DDR, aber dann natürlich erweitert, als es auf die Wiedervereinigung zuging. Dann gab es eben mit der Wiedervereinigung den Hauptspruch *„Wer*

sich nicht wehrt, kommt an den Herd“. Also voraus nehmend schon dieser Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft und die Arbeitslosigkeit. Das war also einer der Sprüche und dann hatten wir natürlich unsere kritische Sichtweise auf diesen paternalistischen Übervaterstaat. Also ich habe es später mal zusammengefasst, die DDR war für Frauen, bei allen Ambivalenzen, eine Gleichberechtigung und eine Emanzipation. Damit meine ich die Emanzipation von Freiheitsrechten, eigene Sachen einzubringen, ich sage das jetzt mal alles bloß so kurz thesenhaft. Die nächste Sache war natürlich, dass die Frauenfrage ja in der DDR offiziell zu Beginn der 80er Jahre gelöst war. Wir hatten das dann so zusammengefasst, dass es von einer Frauenerwerbspolitik übergehend zu einer Familienpolitik ging und dann in einer Bevölkerungspolitik geendet hat. Dabei ging es dann nur noch um Rahmenbedingungen für Kinderkriegen. Ich sage das jetzt so schlagwortartig, weil es alles Probleme für sich sind und sie aber alle miteinander auch verbunden und so einfach nicht zu machen sind.

Dann war es natürlich im Einigungsprozess für uns ganz wichtig, im §218 die Fristenregelung der DDR beizubehalten. Das ist auch eine deutsch-deutsch gelungene Sache. Zwei Jahre galt ja das unterschiedliche Abtreibungsrecht in Ost und



Tatjana Böhm,
Autorin der „Sozialcharta“ des Runden
Tisches 1989, Referatsleiterin Ministerium
für Arbeit, Soziales, Gesundheit und
Familie, Brandenburg

West. Anschließend gab es dann eine Kompromisslösung, die ich damals nicht besonders glücklich fand, aber die ich heute mit Klauen und Zähnen verteidigen würde. Gegen starke Strömungen haben wir als Frauen gemeinsam diese Kompromisslösung gefunden. Das ist vielleicht für mich auch so eine deutsch-deutsche Sache. Anschließend gab es dann die ganzen Sachen, wie die Maßnahmen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, eine mögliche Quotierung, also bei Fortbildungsprogrammen Frauen mit zu beachten und zur Kenntnis zu nehmen, dass die Frauen im Osten ja zum großen Teil auch hochqualifiziert waren und dass es kein einfaches Zurück gibt zu einer teilweise im Westen vorhandenen Frauen- und Familienpolitik. Was sich sehr wohl von Frankreich oder von Skandinavien auch schon damals unterschieden hat.

Elisabeth Botsch: Frau Rabe, Sie sind ja nun Gleichstellungsbeauftragte in einem Westbezirk, könnten Sie uns vielleicht ein bisschen erläutern, wie war denn die Sicht in Berlin? Also, in Berlin war ja die Situation anders als sonst in der alten Bundesrepublik, weil ja hier wirklich Ost und West direkt aufeinander stießen. Schon zuvor durch die Mauer war immer eine besondere Situation, aber nachdem die Mauer dann geöffnet war, war ja die Situation ganz besonders. Wie war denn die Sicht von West nach Ost und vielleicht auch von Ost nach West damals?

Christine Rabe: In Berlin ist die Mauer gefallen. Wir waren damals dreiundzwanzig Bezirke, elf Bezirke in Ostberlin und zwölf Bezirke in Westberlin. In Westberlin gab es seit 1986 in jedem Bezirk eine Frauenbeauftragte, und gegründet wurde auch eine Landesarbeitsgemeinschaft der

Frauenbeauftragten. Und plötzlich kamen da noch elf Frauen aus dem Osten, die sich Gleichstellungsbeauftragte nannten und denen unterstellt wurde, einen anderen Anspruch zu haben. Wir haben hautnah erlebt, welche Unterschiede es gibt, dass es zwei verschiedene Frauenwelten gibt, auch in Berlin. Ich versuche mal so an drei Stichworten festzumachen, worin diese Unterschiede ganz plakativ zu sehen waren. Der Blick von West nach Ost war, diese Frauen haben dort keine Ahnung von Feminismus, aber sie haben die Gleichberechtigung gelebt, sie kämpfen jetzt nicht gegen die Männer, sondern sie kämpfen um eine Emanzipation von einer Diktatur, sie sind dabei eine Diktatur abzuschaffen. Meine Güte, die haben alle einen Hochschulabschluss. So, und jetzt die andere Sichtweise von Ost nach West, ja, die Kolleginnen in Westberlin bemühen sich um Bildungsprogramme für Frauen, bekämpfen den §218, reden über Zuverdienst und Herdprämie und Ehegattensplitting, also offensichtlich ganz andere Themen. Auch das Thema häusliche Gewalt war in Ostberlin zunächst unbekannt. Ich nehme jetzt vorweg, in zwanzig Jahren ist eine Menge passiert. Wir haben gemeinsam zum Berliner Landesgleichstellungsgesetz gearbeitet und wir haben verabredet, dass die Themen gemeinsam bearbeitet werden. Wir haben sehr viele Gemeinsamkeiten inzwischen entdeckt.



Christine Rabe, Gleichstellungsbeauftragte des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf in Berlin

Elisabeth Botsch: Ja, danke, Frau Rabe. Frau Wartenberg, für den Frauenring war das ja auch eine bewegende Situation, die Mauer fiel und so weit ich weiß, hatte der Frauenring auch schon vor 1989 Kontakte in die DDR. Was passierte dann, wie war das denn für den Frauenring, war das sofort ein Thema, dass man jetzt vielleicht die Frauen aus dem Osten integriert? Wie war das damals?

Gertrud Wartenberg: Ja, wenn Sie sich alle, und Sie sind alle Frauenringfrauen, daran erinnern, wir haben bereits in den 60er Jahren einen gesamtdeutschen Ausschuss gehabt. Wir sind ein Staatsbürgerinnenverband, der politische Bildung an Frauen weitergeben wollte, und er hat es auch immer getan. Der gesamtdeutsche Ausschuss beschäftigte sich mit der politischen Situation in der DDR, eben unserem geteilten Deutschland, es war uns wichtig zu wissen, wie es den Menschen dort geht und ob wir dort Dinge erfahren können. Wir haben über das so sehr freiheitliche Grundgesetz der DDR gesprochen und alles, was dort möglich war. Der gesamtdeutsche Ausschuss hat Seminare zur Information durchgeführt und wir haben Reisen gemacht. Und meine Vorgängerinnen im Amt, ob das Frau Steinkopf war oder auch Frau Ehrlich, ich brauchte es ja dann nicht mehr, haben regelmäßig Besuche zum Deutschen Demokratischen Frauenbund hier in Ost-Berlin durchgeführt, um zu hören, wie es den Frauen in der DDR geht. Wir haben mit einem Ausschuss, der 36 Jahre bestand und der sich persönliche Hilfe nannte, viele von Ihnen erinnern sich, Paketaktionen in die DDR veranstaltet, und zwar wurde das finanziert vom gesamtdeutschen Ministerium, das ist kein

Geheimnis mehr. Aber wir brauchten ja Privatadressen dazu, um diese Paketaktionen durchzuführen. Und das waren unsere Frauen, die haben diese Pakete gepackt und haben sie hingeschickt, die Adressen und Kontakte hatten sie durch die Kirchengemeinden. Das waren auch unsere Kontakte, wir haben schon damals in einigen Kommunen Städtepartnerschaften gehabt, Ost und West, auch da florierte ein so genannter Ost-Tourismus, wie man immer sagte, im wohl guten Sinne gesehen. Aber ich erinnere mich, die Bundeszentrale für politische Bildung hat ein Berlin-Seminar angeboten und das wurde ungefähr achtzehn Jahre immer wieder in Berlin durchgeführt, das war immer im November. Bei diesem Seminar am 9. November, saß ich in Frankfurt am Flughafen und habe keinen Platz mehr gekriegt, die Maschinen waren hoffnungslos überbucht. Ich wollte ja auch nach Berlin zu diesem Berlinseminar, doch ich bin nicht mehr mitgekommen. Es war irgendwie sehr traurig, ich habe es also nur alles von weitem gesehen, habe mich unbändig gefreut, dass alles so gekommen ist und hörte dann auch von den Teilnehmerinnen am Berlin-Seminar, die dann Bericht erstattet haben, was in dieser Stadt so hervorragend passiert ist, und auch die Freude und alles, was wir so in den letzten Wochen auch immer wieder in Filmen gehört und gesehen haben.

Unser erstes gemeinsames Seminar war ein Grundkurs über Politik in Burgscheidungen. Die DDR-Frauen kennen sicherlich Burgscheidungen, eine wunderschöne Staufferburg in der Nähe von Naumburg an der Saale. Dort war eine Erwachsenenbildungsstätte, ich weiß nicht, ob es von der Gewerkschaft in der DDR war, auf jeden Fall gab es funktionierende Infrastruktur für ein Seminar. Wir wollten ein Ost-West-Seminar, in dem wir Frauen aus dem

Westen und dem Osten zusammenführen, unser Thema war staatsbürgerliche Bildung. Ich habe noch gedacht: „Oh, lieber Gott, wer kommt denn von den Ostfrauen dahin? Und wenn, dann kommen sie vielleicht ziemlich wütend oder vielleicht auch desinteressiert.“ Wir kannten ja gar nicht die Gefühle und das, was jetzt so überkam. Ich dachte noch, diese Frauen haben vierzig Jahre Staatsbürgerkunde hinter sich, die wollen von staatsbürgerlicher Bildung bestimmt nichts mehr wissen. Aber das Gegenteil war der Fall. Es war ein ganz hervorragendes Seminar, die Frauen waren hochinteressiert, zu erfahren, zu wissen, wie funktioniert ein föderalistisches Staatsgefüge oder eine Kommune oder ein Landkreis. Vor allen Dingen waren sie hochinteressiert daran, wie Europa funktioniert. Und diese gemeinsamen Seminare haben wir über viele, viele Jahre dann angeboten. Dann waren es keine Ost West -Seminare mehr, dann waren es unsere staatsbürgerlichen Seminare. Den gesamtdeutschen Ausschuss haben wir dann auch nach der Wende gesamtdeutschen Ausschuss genannt, weil wir gesagt haben, jetzt hat er genau den Namen, den er verdient. Ich denke da an unsere Frau Pölke aus Kiel, die sich da sehr eingebracht hat als Vorsitzende dieses Ausschusses. Wir haben die Vorarbeit geleistet, sind zu den einzelnen Städten und Kommunen gefahren, haben Frauen eingeladen und haben Informationsveranstaltungen gemacht. Ich war zur gleichen Zeit auch Vorsitzende im deutschen Frauenrat, da er ja unser Dachverband ist, und da hatte man natürlich auch ein kleines bisschen mehr Geld, was man vielleicht verteilen konnte. Von dort haben wir die Verbindungsbüros des deutschen Frauenrates initiiert. Sie waren vom Frauenministerium finanziert und wurden immer mit einer

Westfrau, einer Ostfrau und dem entsprechenden Apparat dazu ausgestattet. Dazu gehörte eine Wohnung, in der man ein Büro einrichten konnte. Diese Verbindungsbüros hatten vorwiegend die Aufgabe, die Frauenverbände, die ganzen Nichtregierungsorganisationen, die ja im Westen waren, und im Osten der Demokratische Frauenbund diesen Frauen näher zu bringen in Form von Informationsbörsen und eben gemeinsamen Seminaren, Treffen und Kennenlernen. Uns war es wichtig, dass wir die Frauen kennen lernen, dass wir nicht über sie reden, sondern mit ihnen reden. Und, ich denke, das ist uns gelungen.

Elisabeth Botsch: Danke, Frau Wartenberg. Frau Griem, was waren denn die Erwartungen damals 1989/1990 für Frauen in der DDR und wie kamen denn die Kontakte zum Frauenring? Was war wichtig für Sie als Mitglieder des Frauenrings?

Rosita Griem: Das ist so einfach gar nicht zu beantworten. Ich möchte auf keinen Fall für andere sprechen, ich kann nur für den Bereich sprechen, mit dem ich es auch zu tun gehabt habe. Ich bedanke mich aber, dass ich hier neben so hochkarätigen Damen sitzen und meine Erfahrungen kundtun darf. Ich schicke voraus, ich hätte nie, Sie wissen inzwischen ja, was ich für ein Uraltmensch bin, erwartet, dass ich irgendwann mal eine Freundin aus dem Westen haben würde. Das habe ich nie erwartet. Jetzt habe ich eine. Und ewig lange ist die auch in Born und es bleibt gar nicht aus, wir haben Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede, die wir nie beseitigt bekommen. Also, das ist eine Sache, die hätte ich nie erwartet. Das hat uns mehr oder weniger überfallen. Von der

Bürgerbewegung bekamen viele ja gar nichts mit. Auf dem Lande zum Beispiel ist das nur über Kirchen und sehr viel später gelaufen als in den Städten. In Rostock gab es auch eine Frauenbewegung, und die Erwartung, die alle hatten, nachdem das so über Nacht alles weg war, war, es kann ja nur besser werden, was wir jetzt alle wollen. Und man hat das Gefühl gehabt, auf keinen Fall bleibst du jetzt still, auf keinen Fall lässt du dir das alles überstülpen, dass du hier völlig falsch gelebt hast und so weiter. Man wehrt sich. „Man“ sage ich jetzt ganz bewusst, weil ich mich nicht alleine gewehrt habe, das waren viele, und „man“ ist ja im deutschen Wortschatz etwas, was man wirklich nimmt, ohne dass man immer ich sagt. Also, was haben wir erwartet? Was ist Demokratie, was ist in Westdeutschland unter Demokratie zu verstehen? Das wollten wir wissen.

Und etwas muss ich noch sagen, wir haben uns ja informiert über das Westfernsehen, auch wenn es verboten war, aber wir haben es geguckt sehr oft, und auch Nachrichten. Aber haben Sie mal geguckt, was in der DDR im Fernsehen war? Doch wenig. Ich denke, kaum. Man hat das doch nicht wichtig genommen. Ich kann mir vorstellen, Sie konnten ja auch gar nicht zwischen den Zeilen lesen so wie wir, oder hören, Sie müssen sich das angeguckt und gedacht haben, nein, das brauche ich nicht. Das war also eine Sache, das Interesse war da und man hat sich gefreut, wenn Leute kamen.

Ach so, ich muss noch sagen, ich war ja so lange in Rostock tätig und erst, nachdem ich zehn Jahre unter den Bedingungen der Bundesrepublik gearbeitet hatte, bin ich auf den Darß gezogen in meinen Heimatort und habe dort einen Frauenring bereits vorgefunden. In Rostock gab es

den auch, aber der war so klein, dass wir den gar nicht so richtig entdeckt haben. Es gab auch schon einen Landesverband, als ich dorthin kam. Frau Pölke hat den zum Beispiel mit begründet und unheimliche Hilfe in Born geleistet, das war also schon ein Feld, das da gewesen ist, und viele Frauen haben sich hinein gedrängt in diesen Verband damals und wollten ganz einfach lernen, was das ist, wie kann ich mich einbringen. Haben sie auch. Und als sie das nachher so alles gepackt hatten, was man versteht, wie man sich einbringen kann, wo man seinen Weg finden kann, ist das Interesse am Frauenring mehr oder weniger, ich möchte sagen, zurückgestellt worden. Ich will nicht sagen erloschen, aber zurückgestellt worden. Und dieser Schwung, der am Anfang da war, den mitzunehmen, das haben wir irgendwo nicht ganz verstanden hinüberzuretten in die jetzige Zeit. Und das, finde ich, ist eine Hoffnung, die wir haben, dass es uns wieder gelingt, diesen Aufbruch, den wir gegenwärtig haben, so zu nutzen, dass wir mehr Frauen erreichen, sich im vorparlamentarischen Raum politisch zu betätigen. Das ist etwas, was ich denke, was wir nötig haben, denn aus meiner Sicht ist Frauenpolitik nach wie vor nötig. Ein Viertel weniger Gehalt bekommen immer noch die Frauen, die neueste Erkenntnis sagt das. Seit fünfzig Jahren wird das gefordert, dass es endlich im Gesetz umgewandelt wird. Wir haben zum Beispiel unserem Europakandidaten, Mecklenburg hat ja einen einzigen da in Europa sitzen, unseren Herrn Kuhn, mit auf den Weg gegeben, dass er sich auch in Brüssel einsetzen soll. Das ist nämlich einer, der mag die Frauen und der soll sich auch in Brüssel einsetzen, dass sie entsprechend zu Wort kommen. Und wir waren jetzt in Straßburg und haben uns seinen Wirkungskreis an-

geschaut, und mir ist aufgefallen, es sind schon ganz schön viele Frauen in dem Bereich tätig. Also, ich schätze, es ist bei dreißig Prozent, sie wollen ja aber Parität irgendwann mal erreichen, und das schafft man nur, wenn man drum kämpft, von allein räumen die Männer die Plätze nicht. Und das ist in den Dörfern so, das ist überall so. Es ist, wie gesagt, eine Hoffnung, die ich habe, dass die Frauen selbst die Initiative ergreifen und nicht so viel Desinteresse zeigen, wie das gegenwärtig doch der Fall ist, denn die Mitgliederzahl ist ja rückläufig. Also, vielleicht erst mal dazu das. Es gibt viele andere Dinge, die ich Ihnen noch sagen könnte, wie wir dafür arbeiten. Zum Beispiel denken wir nicht nur für uns in Born, sondern für Europa. Wir waren sehr früh schon, 2004, in der Pomerania-Gesellschaft, wir waren in Polen, haben Stettin besucht, haben mit den Leuten dort gesprochen. Wir haben uns einen Europaabgeordneten geholt und über Europa nachgedacht. Also, wir wollen eigentlich uns da einbetten insgesamt. Aber natürlich ist die Einigung vorher im nationalen Rahmen ganz wichtig. Und dazu muss ich sagen, da bin ich inzwischen so weit, dass ich glaube, dass wir es wirklich packen, weil man erfährt, dass man uns glaubt und zuhört. Das war lange Zeit nicht so im Frauenring, das muss ich ganz ehrlich sagen. Und wir, vielleicht kann ich das noch sagen, haben auch noch ein Problem, dass man vielleicht darüber nachdenkt, warum manchmal die Ostfrauen nicht zu Veranstaltungen kommen. Wenn wir hier mit zwei Personen sitzen, ist das ja auch nicht gerade sehr berühmt. Das hätte ich schon gern, dass da mehr sind. Aber es kann sich nicht jeder leisten, so viel Gel auszugeben, weil es einfach nicht vorhanden ist. Es gibt finanzielle Probleme, ob man es glaubt oder nicht.

Und ein Jahresbeitrag von zwanzig Euro oder fünfundzwanzig Euro ist für einen großen Teil der Leute ein Problem. Die Renten sind noch nicht gleich hoch, der Lohn ist so unterschiedlich. Wir haben ja zu den fünfundzwanzig Prozent, die es sonst noch gibt, ja immer noch Abzüge, die es offiziell gibt. Also, das ist tatsächlich auch ein Problem, das Ökonomische. Und das muss man vielleicht etwas mehr bedenken in der ganzen Sache, das, schätze ich, ist wichtig.

Elisabeth Botsch: Ja, danke, Frau Griem. Wir sind schon mitten in der internen Diskussion und das ist auch sehr wichtig, aber ich möchte jetzt gerade noch einmal an Sie anknüpfen und vielleicht noch einmal zurückgehen. Liegt es vielleicht auch daran, dass die Unterschiede zwischen den Frauen in Ost und West eben doch beträchtlich sind? Und jetzt wende ich mich noch einmal hier an Tatjana Böhm, wie siehst Du das?

Tatjana Böhm: Wenn wir von Ost und West sprechen, sollten wir auch die letzten zwanzig Jahre sehen, die natürlich Globalisierung und die großen Veränderungen auch in Westeuropa gebracht haben. Wir dürfen also nicht vergessen, dass wir zwei Linien haben. Einmal die Ost-West-Linie und einmal diese unglaubliche Beschleunigung der letzten zwanzig Jahre, die Veränderung, dass Ökonomie den letzten Bereich privaten Lebens durchdringt. Also, das ist ganz schwierig.

Ich muss jetzt noch einmal in meine Erfahrung, die ich 1990 gemacht habe zurückgehen. Wir haben uns ja auch gegen den DFD gegründet. Das weiß auch Ihre Vorsitzende, das war ja eine staatliche unkritische Organisation. Wir haben ja dann viel

Ost-West gemacht, das war erst unglaublich wunderbar in den 1990er Jahren, dann war es unglaublich furchtbar, also viele Diskussionen. Vielleicht war es bei Ihnen etwas zivilisierter als in dem Alternativbereich, aber es war einfach die Sache, dass man auch Unterschiede nebeneinander stehen lassen muss. Das habe ich dann in Amerika kennen gelernt. Da haben sie nämlich deutsch-deutsche Veranstaltungen gemacht, die Unterschiede nicht wegreden, sondern, das habe ich wirklich demokratisch in den USA gelernt, es gibt Unterschiede, die stehen nebeneinander und die müssen auch nicht von der einen Seite jeden Tag bewertet werden, das ist nun weniger die Ostseite, sondern jeden Tag bewertet und beurteilt werden. Dann kommt nämlich die beurteilte Seite immer ziemlich gekränkt, frustriert und auch traurig heraus. Das meinte ich mit dem „ziemlich furchtbar“. Und eben diese Sachen, wo man das aber gemeinsam auch fruchtbar machen kann. Also, ich sage, Unterschiede aushalten und Gemeinsamkeiten finden.

Ich habe nicht umsonst vorhin diesen historischen Kompromiss des deutschen Abtreibungsrechts genommen. In den USA habe ich das erlebt, da sitzen Leute, Demokratinnen oder linke Leute und Rechte nebeneinander und sagen aber, es gibt Punkte, da sind wir uns einig und wir diskutieren nicht ständig unsere Unterschiede, sondern suchen ein paar Punkte. Frauenleben ist ja in den letzten zwanzig Jahren viel differenzierter geworden, nicht alle Frauen haben ganz ähnliche oder dieselben Interessen und Bedürfnisse, aber es gibt eben bestimmte Punkte, wo die sich treffen. Ich denke, das ist die Verantwortung, dass wir diese Punkte finden und Gemeinsamkeiten finden, die gar nicht so riesengroß sind, wie unser Anspruch ist,

und diese Gemeinsamkeiten wirklich zur rechten Zeit finden, um etwas zu tun. Und deshalb bin ich sehr dankbar, dass die EU jetzt endlich rausgekriegt hat, was wir alle schon immer wussten in den letzten zwanzig Jahren, dass es eben diese Lohndifferenz von fünfundzwanzig Prozent gibt, es hat nur niemand gehört. Also, der Deutsche Frauenring war sich da mit ganz unabhängigen Feministinnen einig und auch den Parteifrauen, aber mittlerweile muss es jetzt auch Deutschland mal zur Kenntnis nehmen und die Sache ist nicht geregelt. Und, ich denke, dass wir wirklich solche Gemeinsamkeiten, die auch belegt sind, finden, und sich dann auch von unterschiedlichen Standpunkten aus was tut, damit sich das ändert. Und das ist in Deutschland nun mal, denke ich, ziemlich schwierig, also die Unterschiede auszuhalten und fruchtbar zu werden und auch fair miteinander umzugehen. Und das ist natürlich, wenn man nicht so viel Definitionsmacht hat, besonders schwierig. Und das war teilweise 1990 wirklich da, und da sollten wir uns auch mal besinnen, nicht, auf das, was wir nicht erreicht haben, sondern auf diese Punkte, wo wirklich was passiert ist, und dann macht es auch wieder Spaß.

Elisabeth Botsch: Danke. Frau Rabe, wie war das in Berlin? Können Sie die Situation schildern oder vielleicht auch Ihre persönliche Meinung dazu sagen?

Christine Rabe: Ja, die Unterschiede sind da, also die waren vor allen Dingen da. Die Frauen in Ost und West haben einfach in zwei sehr verschiedenen Welten gelebt. Aus heutiger Sicht würde ich sagen, es gibt nicht die Ostfrau und es gibt nicht die Westfrau, ganz klar, weil die Biografien so verschieden sind, und manchmal gibt es

vielmehr Nähe zwischen einer Ost- und einer Westfrau als zwischen eine West- und einer Westfrau und einer Ost- und einer Ostfrau. Gerade zum Thema Demokratieentwicklung und Wende sehe ich vor allen Dingen im Osten noch sehr, sehr große Unterschiede. Es wurde gerade angedeutet UFV und DFD. Diese Debatte und diese Auseinandersetzung der Ostfrauen untereinander, ich stelle fest, wir haben sehr viel verdrängt. Nach zwanzig Jahren erst, auch in der gestrigen Veranstaltung, ist diese Debatte in vielen Bereichen erst möglich. Gestern war ich auf einer Veranstaltung der überparteilichen Fraueninitiative in Berlin, und da wurde so was ganz Schlaues gesagt, was eigentlich auch ganz klar ist und ganz einfach ist, aber die Neugierigkeit aufeinander, also die Neugierigkeit zwischen Ost und West ist ein ganz wichtiges Thema. Es ist wichtig, es nebeneinander stehen zu lassen, also sich wirklich auf Augenhöhe zu erzählen, was passiert ist, und es stehen zu lassen, beziehungsweise aus diesen Gemeinsamkeiten noch etwas weiter zu entwickeln. Also, nicht nur die Gemeinsamkeit festzustellen, sondern sie gegenseitig zu ergänzen und zu sagen, was ist für die Frauen in Deutschland tatsächlich wichtig und wo müssen wir weitermachen. Es reicht ja nicht, eine Bundeskanzlerin und eine Vorsitzende der evangelischen Kirche zu haben. Was müssen wir gemeinsam sozusagen weiterentwickeln?

Lohnungleichheit und so weiter, diese Dinge. Wir sind längst an dem Punkt und wir sind, glaube ich, schon seit zehn Jahren an diesem Punkt, und dennoch finde ich die Debatte über die Verschiedenheiten wichtig zur gemeinsamen Weiterentwicklung. War das jetzt das, was ich beitragen konnte oder sollte?

Elisabeth Botsch: Das ist ganz prima. Das ist ja so ein bisschen das, was Frau Griem auch eben sagte, also wenn die Frauen sich für die Themen, für die Inhalte interessieren und tätig werden, etwas erreichen können mit unserem Verband auch, dann gibt es ja die Möglichkeit, sich wieder stärker einzubringen. Frau Wartenberg, was denken Sie, was bedeutet das denn für den Frauenring? Können wir die Unterschiede auch in dem Sinne fruchtbar machen?

Gertrud Wartenberg: Ganz sicher. Denn, ich denke, das belebt ja eigentlich auch dann das Miteinander, was wir in den letzten vierzig Jahren auch als Frauenring erreicht haben, dann jetzt die letzten zwanzig Jahre mit den Frauen aus dem früheren Osten oder wie auch immer wir sie nennen. Also, immer diese Standortposition, ich kann sie eigentlich nicht besonders leiden. Mir geht es darum, dass wir auch das, was wir erreicht haben, gemeinsam auch erreicht haben, erhalten. Und, ich denke, da haben wir als Verbände eine Wächterinnenfunktion, da müssen wir in der Tat immer wieder nachfragen. Wenn Sie jetzt von den Lohnunterschieden reden, ich war Präsidentin von der europäischen Frauenlobby, wir haben darauf gedrängt, hart gearbeitet, dass eine Richtlinie, das heißt, bindendes Gesetz an alle Mitgliedstaaten rausgeht. Wir brauchen kein neues Gesetz, wir haben Gesetze, eben die Richtlinie der EU, und wir haben unseren Artikel drei im Grundgesetz. Und diese unterschiedlichen Löhne, das ist eigentlich rechtswidrig und wir müssen es einklagen, einfordern. Wenn wir es nicht tun, es gibt so viele subtile Mittel, das zu umgehen. Und das haben wir in den letzten Jahren erfahren, wie schnell man vor

erreichten Positionen wieder irgendwann da steht und sagt, das war doch mal anders. Wir müssen zusammen jetzt auch wirklich gemeinsam das zu erhalten versuchen, was wir erreicht haben, und natürlich bestehende Unterschiede noch ausgleichen. Und da haben wir noch eine ganze Menge Arbeit vor uns, denke ich.

Elisabeth Botsch: Ich möchte noch auf eine andere Sache zu sprechen kommen, bevor ich dann für das Plenum die Diskussion öffne. Der Titel des Sterns von letzter Woche war etwa so, ich habe ihn jetzt hier nicht vor mir liegen, aber die „Ostfrauen“ sind die starken Frauen und haben durch die ganze Geschichte der Wende ja noch mehr Stärke gefunden, und im Westen ist es jetzt eigentlich so, dass wir durch Globalisierung, durch die vielen Veränderungen, die ja sehr, sehr schnell kommen, eigentlich sogar von den „Ostfrauen“ lernen können. Ich weiß nicht, ob Sie den Stern gesehen haben, aber diese Diskussion ist ja jetzt so. Aber einfach so dieser Gedanke, können „Westfrauen“ von den „Ostfrauen“ was lernen?

Gertrud Wartenberg: Ich würde nicht sagen „jetzt können“, sondern auch in der Vergangenheit, denn wir haben es als Westfrauen, die wir ja damals „nur“ zu dreißig Prozent voll erwerbstätig waren. Es war eine ganz andere Situation, die meisten Frauen haben ein ganz anderes Leben geführt, die Frauen hier waren voll im Produktionsprozess eingebunden. Und das müssen wir jetzt auch, wir haben im Westen oder die Frauen generell in Deutschland oder Frauen, sagen wir, in ganz Europa, ich will jetzt gar nicht global gehen, wir haben nicht mehr die Wahl, sind wir jetzt Familienfrauen ausschließlich oder sind

wir erwerbstätige Frauen. Wenn wir im Alter nicht von Sozialhilfesätzen leben wollen, müssen wir uns eine eigene Rentenbiografie erwerben, und das müssen wir den jungen Frauen wirklich eintrichtern. Die meisten haben es ja kapiert, Gott sei Dank, oder sehr viele haben es kapiert. Da haben uns an sich auch die positiven Beispiele, in dem Fall wirklich positive Beispiele, von den Ostfrauen geholfen, wir haben davon profitiert. Das ist mit Sicherheit nicht ganz generell Ihre Meinung, aber es ist schon so, voll erwerbstätige Frauen und die ganze Problematik, die ja europaweit in allen siebenundzwanzig Mitgliedstaaten der europäischen Union noch nicht erreicht ist, ist die Vereinbarkeit von Erwerb und Familie. Frau Gorbatschowa hat uns einmal bei einem Kongress des IDFF in der Sowjetunion gesagt: „Es ist uns gelungen, die Frauen in den Produktionsprozess einzugliedern, aber es ist uns nicht gelungen, die Männer in den Familienprozess einzubinden“. Und just da müssen wir noch viel dran arbeiten, denke ich. Wie gesagt, erreicht ist schon viel, aber wir sind wieder am Anfangspunkt, wir müssen erhalten, was wir erreicht haben.

Rosita Griem: Ja, vielleicht will ich auch etwas dazu sagen. Können wir voneinander lernen? Die Frage finde ich besser, denn von Anfang an sind wir ja reingegangen in diesen Prozess, weil wir etwas von den anderen lernen wollten. Wir mussten dann nachher zwischendurch auch feststellen, dass wir doch gar nicht so unmöglich waren, wie wir kurz vorher doch noch angenommen hatten, und dass wir eine ganze Menge können, das ist nun mal so. Aber, ich würde sagen, das ist eigentlich ein Geben und Nehmen. Manchmal denke ich sogar, dass man es einfach tun muss, um zu sehen, ob man voneinander lernen

kann. Es wäre doch schlimm, wenn ich zum Beispiel mir einbilden würde, ich könnte dieses, was Frau Wartenberg global geleistet hat, auch. Das geht doch gar nicht, das muss ich doch lernen, wenn ich mich in der Welt für die Frauenbewegung einsetzen will oder im großen Rahmen. Das sind so Dinge, die kann man ganz einfach nicht leugnen. Oder von den Bürgerrechtsfrauen auch in der DDR. Man kann doch von den Frauen untereinander lernen, wir selbst sind doch ganz unterschiedliche Persönlichkeiten, also das hat mit Ost und West inzwischen, finde ich, kaum noch irgendwas zu tun oder zu tun gehabt. Das ist ganz einfach etwas, was man muss. Aber es ist jetzt notwendig, dass man zusammensteht, damit man erzwingt, das, was die Frauen wollen, auch wirklich durchzuführen. Da kann vielleicht jeder vom anderen, der da schon Erfahrung hat, lernen.

Tatjana Böhm: Also, nochmal kurz zum Stern, also, das ist ja auch eine These, die die Kollegin von mir, Hildegard Maria Nickel, vertritt. Ich denke schon, dass ein Teil der Frauen, auch der jungen Frauen mit Ostsozialisation beziehungsweise Selbstverständlichkeiten, im Leben ihrer Mütter, ihrer Großmütter, Wendeerfahrungen, dass sie einen gewissen Modernisierungsvorsprung haben. Da komme ich jetzt auch zu dem Punkt, der mich im Moment in der Diskussion um diese jungen Frauen so unglaublich ärgert, der jetzt nicht nur im Stern war, sondern gerade auch in den Medien, die in Ostdeutschland gelesen werden. Das war also immer die Sache, wir sind in einer flexiblen Welt, es war immer die Botschaft an die jungen Frauen, ihr müsst flexibel sein, ihr müsst euch qualifizieren, ihr müsst in den Westen oder ins Ausland gehen. So, das ha-

ben die gemacht. Was ich ganz wichtig finde, was wir beachten müssen, wir haben einen schwindenden Arbeitsmarkt. Da nimmt nichts zu, sondern wertschöpfende Arbeit nimmt ab. Nun haben sich diese jungen Frauen gerade auch aus dem Osten durchgesetzt, und jetzt machen die neuen Bundesländer oder ein Teil davon wieder das, was ich als richtig patriarchale Politik bezeichne. Da haben wir praktisch diese Weinkolumnen, es werden nur noch die tumben und doofen rechtsradikalen Jungen praktisch in den Dörfern bleiben. Also die mangelnde Flexibilität trotz derselben Möglichkeiten. Und da wird den jungen Frauen im Sinne von Doppelbindung wieder vorgeworfen, jetzt sind sie auch noch für die verödenden Landstriche und für die rechtsradikalen Ausschreitungen dieser jungen Männer verantwortlich. Und das möchte ich zum Beispiel, dass das in den Medien auch mal analysiert und auch mal sich richtig kritisch damit auseinandergesetzt wird. Da geht der Vorwurf schon wieder an die jungen Frauen, sie haben auch die Gesamtverantwortung für die verödenden Gebiete im Osten. Also, vorher haben die das gemacht, haben die gleichen Ansprüche gehabt wie Männer. Und das, denke ich, sollten wir über Grenzen, also Frauengrenzen weg doch durchaus mal stärker benennen.

Dann gibt es noch etwas, was mich in den letzten zehn Jahren sehr ärgert, und jetzt auch wieder in der politischen Diskussion. Wir führen eine politisch differenzierte Diskussion über Generationengerechtigkeit, also wenn es das jetzt gibt mit Steuern und so. Dabei haben wir die Frage der Geschlechtergerechtigkeit völlig aus dem Auge verloren. Ich denke, das ist was Einiges, wo man sich da auch festhält. Es ist eben geschlechterungerecht, wie diese jungen Mädchen bewertet werden. „Für

euch hat sich das alles erledigt, weil ihr das hattet, und jetzt seid ihr auch noch für das Veröden von ganzen Landstrichen verantwortlich.“ Und das ist für mich auch eine demokratische Herangehensweise, also mal zu sagen: „Stopp, was ist hier eigentlich für eine Definitionsmacht in Deutschland, was müssen Frauen noch leisten?“

Christine Rabe: Volle Zustimmung. Die Frauen werden dafür verantwortlich gemacht, die Mütter auch, wenn sie nämlich keine Mütter werden wollen, wir sind zuständig dafür, dass Deutschland ausstirbt, es ist unglaublich. Volle Zustimmung. Da sind wir zuständig, aber in die Führungspositionen kommen wir nicht. Und jetzt noch einmal der Slogan des unabhängigen Frauenverbandes: „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen.“ Also, ich finde, das ist so etwas, was in die Gemeinsamkeit einfließen müsste. Es funktioniert nicht, die Jungs machen einfach viel zu viel falsch.

Tatjana Böhm: Deshalb müssen wir sie auch noch erziehen.

Christine Rabe: Genau. Also, auch da sind wir wieder zuständig. Nein, also ich habe mal vier Punkte, was ist sozusagen aus dem Osten oder von den Ostfrauen zu lernen, ich wechsele jetzt mal die Seite kurzerhand. Mein erster Punkt wäre: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Frauen in die Führungspositionen, wir alle. Dann diese Geschichte der Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit allen Schwierigkeiten, auch die Qualität der Kinderbetreuung muss einfach stimmen, ein Bildungsanspruch muss da sein, es kann nicht einfach jetzt die Krippe der DDR-Zeit übernommen werden, das geht überhaupt

nicht. Da kann man mal nach Frankreich gucken, wie es da eine qualitätsgerechte umfassende Betreuung gibt. Da geht eben die Akademikerin zur Verwaltung und sagt, mein Kind hat einen Bildungsanspruch, und wenn mein Kind sechs Wochen alt ist, will ich verdammt nochmal eine bildungsgerechte, also eine ordentliche Betreuung. So, das zum Thema Vereinbarkeit. Aber diese Vereinbarkeit funktioniert. Wir müssen den Begriff Rabenmütter einfach abschaffen, den gab es auch im Osten nicht, der muss abgeschafft werden. Und dann müssen wir noch vom Osten lernen, diese Geschichte mit der friedlichen Revolution. Ich denke, das ist etwas, wovon Ostfrauen jetzt sozusagen auch einen Gewinn haben, sie haben es erlebt, sie haben es betrieben, sie haben es gemacht, sie haben Demokratie richtig trainiert, geübt, durchgesetzt. Es wird deutlich, da wechseln meine Fronten gerade. So, und der vierte Punkt, den ich mir ganz dick jetzt noch einmal angestrichen habe, also Herdpläne Frauen, das geht überhaupt nicht, ja, das geht einfach nicht.

Elisabeth Botsch: Gut, vielen Dank. Ich gebe das nun frei, Sie haben bestimmt viele Fragen. Wir haben sozusagen einen Konsens, denke ich, also wir müssen gemeinsam vorwärts und im Frauenring die Dinge bewegen. Jetzt bitte ich um Wortmeldungen und Fragen. Vielleicht können wir nochmal die Fragen von Frau Griem aufnehmen, wie können wir denn innerhalb des DFR erfolgreich zusammenarbeiten? Also, wie können wir die Dinge vorwärts bringen? Ja, Frau Prehn.

Frau Prehn: Vielleicht wäre es ja auch mal möglich, statt eines Seminartreffens hier mal die Ortsringe untereinander zwi-

schen Ost und West auszutauschen und somit einige Dinge zu verbreiten. Und vielleicht kommt man so auch mehr auf einen gemeinsamen Punkt und kann dies weitergeben.

Weitere Wortmeldung: Ich möchte auch noch ein bisschen an den Anfang zurückgehen und an die große Frau Pölke, die dann übergegangen ist nach Mecklenburg Vorpommern, nach Thüringen. Und 1991/92 waren wir in Mecklenburg-Vorpommern. Das waren die Ortsringe aus Heide/Holstein, also aus Schleswig-Holstein, und wir aus Ostfriesland, Aurich, und dann Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben in Prerow damals den Landesverband gegründet und die erste Vorsitzende des Landesverbandes war Doris Pagel. Mit Doris Pagel haben wir dann viele Jahre zusammengearbeitet. Wir haben immer ein, und das haben wir damals ganz bewusst norddeutsches Treffen genannt, denn wir waren alle aus dem Norden, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und wir Ostfriesen fast an der Grenze nach Holland zählten uns ja auch noch dazu. Und das ist viele Jahre sehr, sehr toll gelaufen. Wir sind mit einer großen Gruppe nach Prerow gefahren, haben uns zusammengesetzt, haben uns ausgetauscht. Und das erste Seminar hieß damals „Und wir sprechen doch eine Sprache?“. Und da weiß ich noch, dass Frau Pölke uns, bevor das Seminar überhaupt begann, alle auf den Weg geschickt hat, immer eine Ostfrau und eine Westfrau, sag ich mal so, und wir haben einen Spaziergang gemacht, das sollte eigentlich nur eine halbe Stunde sein, aber es wurde weit länger diskutiert und der Spaziergang wurde immer länger. Sie hat uns Punkte vorgegeben, ganz einfach Gespräche von Frau zu Frau, von Kindererziehung oder

von Schule oder Sorgen mit Eltern, also es war irgendwie ganz, ganz interessant. Und dann sind sie zu uns nach Aurich gekommen, dann waren wir in Heide in Holstein und dann waren wir wieder in Prerow. Und die Referenten haben sie dann auch ausgesucht, die dann da auch weiterhelfen, Rechtsanwälte. Dann nachher wurde das immer ein bisschen weniger. Ich hatte auch so das Gefühl, sie kamen alle aus der Berufswelt, und das Thema Ehrenamt, sich so zu engagieren und da hinzugehen und etwas zu organisieren, auch das Thema Verein war nicht so gewollt, also das war alles ein bisschen zu eng gefasst, es hätte vielleicht noch ein bisschen lockerer laufen müssen. 2001 sind wir noch einmal mit dem Landesverband Niedersachsen dort gewesen, und ich habe die Verbindung wieder aufgegriffen. Und aus Born kommt ja Karin Willner, sie hatte mittlerweile einen Kleinbus für acht Leute und machte Sightseeing und hat uns die ganze Boddenlandschaft gezeigt und mit ihr habe ich das alles abgesprochen. Dann waren wir mit dem Ortsring, mit dem Frauenverband da und es stand groß in der Zeitung, dass der Landesverband Niedersachsen zu Besuch kommt. Und wir haben uns in der Fischerstub' in Prerow zusammengesetzt und haben munter miteinander diskutiert und erzählt, auch was mittlerweile dann so gelaufen war und nicht gelaufen war. Und danach ist es dann ganz ruhig geworden. Dann haben wir noch einmal wieder angerufen. Dann wollte Hannover das organisieren, weil dieses letzte Treffen von Hannover aus ging, und dann haben wir immer keine Antworten mehr gekriegt. Und trotzdem wollen wir das oder müssten wir es eigentlich wieder aufgreifen. Und ich hörte schon von Frau Peschel, lass uns das doch noch mal wieder in Schleswig-Holstein aufgreifen, dann ist die Entfer-

nung für alle so ungefähr gleich. Das wollte ich sozusagen zu den Anfängen erzählen.

Marion Böker: Ich möchte daran anknüpfen, dass es ja auch um eine Debatte um demokratische Formen geht, wie wir die verbessern können. Und, ich glaube, Sie hatten vorhin gesagt, im vorparlamentarischen Raum agieren. Ich glaube, es gibt mehrere Stufen, wir müssen das noch einmal mehr reflektieren, welches Modell wir anwenden. Also dieses Gespräch von Frau zu Frau muss ja eigentlich dann auch bis in den parlamentarischen Raum in der Konsequenz dessen, was da als Ergebnis rauskommt, und dann in den parlamentarischen Raum. Und diese Verschränkung läuft noch nicht gut genug. Ich denke, das müssen wir akzeptieren, dass manche Frauen nur hier agieren und manche ein Stück weiter gehen oder in einem anderen Raum agieren, also vorparlamentarisch, dann parlamentarisch oder juristisch oder wie auch immer. Und zum Beispiel an der Tagung hier, ich bin ja auch nicht Delegierte, sondern ZuhörerIn hier, hätten viel mehr ZuhörerInnen aus diesem Ort mindestens oder aus Berlin teilnehmen können. Und die Ferne, also dieses Tagungshaus, ist zwar gut in der Struktur, aber es ist fern. Es hätte eigentlich meiner Meinung nach in einem Rathaus stattfinden müssen, so dass auch mehr GastzuhörerInnen sowohl der Ortsringe, die dort jeweils ansässig sind, wo diese Hauptversammlungen oder andere Versammlungen stattfinden, mithören können, oder später bei offenen Elementen auch mitdiskutieren können. Ich denke, sich dafür mal Zeit zu nehmen, solche Modelle zu konstruieren, dass dafür Zeit sein müsste. Und vielleicht können wir das auch bei unserem angeordneten internationalen Seminar noch ein-

mal reflektieren, oder bei allen anderen Einheiten, wie wir das mehr zusammenbringen und wie das dann auch zurückfließt, so dass das Gespräch von Frau zu Frau auch irgendwann bei den einzelnen Frauen diese Zufriedenheit erweckt, ach, das hat ja wirklich die eine aus dem Frauenring weitergetragen, dann ist was draus geworden, dann habe ich gehört, im parlamentarischen Raum wird diese Sache diskutiert. Also so dass man auch das Gefühl hat, da bewegt sich etwas, und dass nichts stecken bleibt.

Elisabeth Botsch: Ja, danke. Ich denke, das geht hier schon in unser Arbeitsprogramm für nächstes Jahr, interne Kommunikation und auch nach außen.

Weitere Wortmeldung: Ich bin vom Ortsring Bad Hersfeld und ich persönlich habe im Jahr 2000 den Kontakt zum Ortsring Schlotheim in Thüringen geknüpft. Ich habe erst mal vorgefühlt, welche Themen wir haben, wie wir uns gemeinsam ein bisschen austauschen können, und wir sind dann mit einer ganzen Gruppe von Bad Hersfeld nach Schlotheim gefahren. Zusätzlich haben wir dort die Projekte besucht, die natürlich alle über ABM-Maßnahmen gelaufen sind, aber es lief was, und das war das Wichtigste. Zusätzlich bat ich, dass wir ein bisschen über die Region noch erfahren konnten, auch das ist geschehen. Und wir haben einen sehr, sehr herzlichen Kontakt gehabt, den wir dann zusätzlich noch mit dem Ortsring Mühlhausen ergänzt haben. Ein Jahr später habe ich diesen Ortsring Schlotheim nach Bad Hersfeld eingeladen, habe dort auch ein Programm organisiert, wir haben uns wiederum ausgetauscht und wir hatten dann auch noch zusätzlich die Möglichkeit, sie an dem Tag der Festspieleröffnung in

der Stiftsruine am Festakt teilnehmen lassen zu können, was die Damen natürlich auch noch besonders im Kopf haben. Und es ist jetzt weniger ein befruchtender Austausch gewesen, weil eben die Unterschiede sehr, sehr groß sind. Die Damen waren dort alle berufstätig, die Altersstruktur in Bad Hersfeld ist ein bisschen höher, so dass da nur ein persönliches Gespräch stand. Ich will aber nicht das Wort „nur“ sagen, es ist ein herzlicher Austausch gewesen, ein persönlicher Austausch, der die Probleme der einen Seite und der anderen Seite im persönlichen Gespräch wirklich dargestellt hat. Dann ist es ein bisschen eingeschlafen, und dann habe ich gedacht, nein, so kann es nicht sein, und habe dann die Damen mal wieder eingeladen, und zwar anlässlich eines Besuches bei uns von Frau Schneider-Borgmann, und die Damen waren dann auch da, etwa zehn Damen, und ab da ist der Kontakt wieder gegeben, indem man sich gegenseitig besucht und eben im persönlichen Gespräch die Probleme untereinander bespricht. Es entstehen keine Projekte, aber persönliche Gespräche, und das ist auch sehr wichtig, denn wir sind uns eigentlich räumlich sehr nahe.

Elisabeth Botsch: Ja, danke. Frau Rieke-Baumeister.

Frau Rieke-Baumeister: Mir fällt auf, dass alle erzählen, ich habe, ich habe, ich habe, das war, das war, das war. Was ist heute?

Elisabeth Botsch: Gut, dann ist jetzt Frau Schobries dran.

Frau Schobries: Was soll werden aus dem gemeinsamen deutschen Frauen-

ring? Die Frage stelle ich hier in den Raum und möchte sagen, es hat angefangen nach der Wende in sehr guten Gesprächen, sehr guten Kontakten zwischen den neuen und den alten Bundesländern. Speziell hat da Frau Pölke, die schon genannt wurde, sehr, sehr viel getan. Aber es war ein Anfang. Und heute stehen wir eigentlich an einem Punkt, wo es nicht so klar und eindeutig mehr ist, wie wir zueinander stehen. Es hat sich also nicht unbedingt positiv entwickelt. Von den vielen gegründeten Ortsringen existieren nicht mehr alle, sie sind eingegangen. Ich möchte einfach sagen, das Wichtigste ist, dass wir auf Augenhöhe miteinander reden müssen, und da haben wir manchmal, die Frauen im Osten, das Gefühl, dass das nicht so passiert. Das ist einfach eine Tatsache und ein Gefühl, das wir haben. So, jetzt noch etwas zu den Ortsringen. Es ist eine ganz andere Situation in den Ortsringen in den alten Bundesländern als in den neuen. Die Ortsringe, die in den neuen Bundesländern gegründet wurden, wurden überwiegend, nicht alle, beispielsweise Born ging es anders, gegründet, weil die Frauen auf Arbeitssuche waren. Es wurde durch die Gründung eines Vereins die Grundlage geschaffen, dass ein Verein Arbeitsplätze bekommen kann. Mir persönlich wurde das von der Ministerin Hildebrand empfohlen, es in Potsdam so zu machen. Und das war dann auch mit ein Anlass, dass wir einen Verein gegründet haben. Wir sind dann später dem Frauenring beigetreten. Ich hatte für Potsdam sozusagen oder wir Potsdamer Frauen hatten die Vorstellung, dass wir in einem großen Verband, und unsere Ziele stimmten mit denen des Frauenrings im Prinzip überein, dass wir da drin sozusagen besser unsere Meinung repräsentieren können und besser gehört werden. Und da

können wir auch sagen, das ist der Fall gewesen. Aber leider ist die Entwicklung in den neuen Bundesländern nachher so verlaufen, dass die Frauen mit gesellschaftlicher Arbeit, also im Ehrenamt oder in Vereinen, nicht mehr so beschäftigt waren oder nicht mehr so begeistert waren. Nach der Wende war alles Hurra. Ich war übrigens auch bei der Gründungsversammlung des unabhängigen Frauenverbandes in Berlin anwesend, da waren wir euphorisch, aber selbst auf dieser Sitzung schon, das können Sie mir sicher bestätigen, kam schon die Angst durch von Arbeitslosigkeit. Und das war eine große Gefahr für die Frauen, die immer gearbeitet haben und von denen auch viele immer weiter arbeiten wollten. Und dann ist praktisch die gesellschaftliche Arbeit, also sich zu kümmern um den Frauenring und um andere Sachen, dahinter zurückgetreten, dass die Frauen auf Arbeitssuche waren. Und mir speziell ging es auch so, ich war damals fünfzig, ich dachte, nein, jetzt darfst du nicht arbeitslos werden. Erst habe ich noch viel mitgemischt beim unabhängigen Frauenverband, aber dann musste ich mich auch um meine Arbeit kümmern, dass ich die erhalte und dass ich noch bis zur Rente arbeiten kann. Und so wie es mir ging, ging es vielen Frauen. Dann wurde dieser Ortsring Potsdam gegründet und Frauen in der Lebensmitte. Sie kennen das alles, ich will das alles nicht mehr wiederholen, aber es ist diese Art von Ehrenamt, es wurde zwar vieles bei uns im Ehrenamt gemacht in den Projekten, aber es war nicht eine Hauptbeschäftigung. Es war einfach ein Problem für die Frauen, sie hatten kein Interesse, wenn sie nicht in Arbeit waren, sich weiter mit anderen Problemen zu beschäftigen. Also, dadurch ist es auch weiter auseinandergelassen mit den alten Bundeslän-

dern. Und die Sache mit der Arbeit und der Bezahlung liegt in den neuen Bundesländern so problematisch, dass auch auf diese Veranstaltung viele Frauen aus dem Osten nicht gekommen sind, weil sie das Geld für die Veranstaltung nicht zahlen wollen und können. Und da müssen wir auch sagen, in den Jahren nach der Wende gab es viele Zuschüsse, auch in Westdeutschland, und dadurch konnten die Frauen auf diese Seminare fahren. Ich habe sehr viele Seminare im Frauenring besucht, aber im Laufe der Zeit sind die so erhöht worden, aber unsere Renten sind runtergegangen. Das ist auch mit ein Grund. Und sie können die Frauen nicht zwingen oder sagen, sie müssen kommen, sie müssen an der Veranstaltung teilnehmen, weil sie da drin sind. Sie müssen es auch können und müssen es wollen, und da sehe ich ein großes Problem. Und wir werden nicht zusammenkommen, wenn wir wieder Seminare haben, die nicht bezahlt werden können von dem Durchschnitt der Leute im Osten. Entschuldigen Sie bitte, ich ziehe mich jetzt eigentlich mehr oder weniger auch zurück, weil es mir schwer fällt zu sprechen inzwischen, aber ich wollte das eigentlich nur noch mal sagen. Wir müssen dazu kommen, wenn wir in den ostdeutschen Bundesländern, die mit daran beteiligt sind am Frauenring, und wir wollen es ja eigentlich, dann muss man wirklich noch mal diskutieren auf Augenhöhe zumindest und es in einem Rahmen machen, wo die Frauen aus dem Osten auch kommen.

Elisabeth Botsch: Danke, Frau Schobries. Ich denke, wir haben ja schon häufiger über dieses Thema der Beiträge für Seminare gesprochen. Und, ich denke, es wird mit Sicherheit auch darüber nachgedacht werden, andere Formen von ge-

meinsamer Arbeit oder so. Aber jetzt wollen wir noch Frau Zakrzewski hören.

Frau Zakrzewski: Ich möchte nur gleich dazu sagen, wir haben letztes Jahr oder dieses Jahr ein Seminar in Weimar angeboten. Frau Botsch hat sich sehr viel Arbeit gemacht, das Seminar war kostenfrei, es ging um 90 Jahre Frauenwahlrecht, ein Thema, was nun wirklich Frauen überall interessiert. Und wie ist es gelaufen? Die Historie, wir waren fünfundzwanzig Frauen, und wenn ich mich recht erinnere, war keine Dame aus dem Osten dabei, oder ja, zwei, aber die Beteiligung war gering. Ich möchte das hier mal loswerden. Es war ein Format, was doch relativ günstig war. Aber was nehme ich persönlich mit, warum ich mich gemeldet habe? Ich nehme mit, dass wir alle unterschiedliche Biografien haben, und zwar im Norden, im Süden, im Westen und im Osten. Das nehme ich mit und das möchte ich auch so stehen lassen. Und wegen ihrer Biografie habe ich gar nicht zu beurteilen, warum was so gelaufen ist und warum wer was macht. Das ist das, was ich mitnehme, und, ich denke, wir haben viele gemeinsame Themen, die sind aufgezeichnet, die sind hier genannt worden, daran können wir arbeiten und an denen möchte ich auch arbeiten, auch im Frauenring hier gemeinsam. Wir haben auf der Bundesvorstandssitzung und auch auf der Hauptversammlung über Integrationsprojekte gesprochen, und wir hatten einen wunderschönen Titel in Anlehnung eines anderen Seminars, was übrigens auch sehr kostengünstig war, den schönen Titel: „Wir Frauen in Deutschland“, und ich möchte jetzt noch mal sagen, das sollten wir uns zu eigen machen.

Elisabeth Botsch: Ja, vielen Dank. Ich glaube, das war auch schon ein wunderbares Schlusswort, es sei denn, es wäre jetzt noch eine ganz dringende Meldung. Ein schönes Schlusswort und ich denke, dass das der Weg für den Frauenring ist, „Wir Frauen in Deutschland“, alle gemeinsam. Ach, ja, Entschuldigung, Frau Wartenberg, Sie wollten gerne noch was dazu sagen.

Gertrud Wartenberg: Carmen hat ja schon ganz, ganz viel gesagt, und ich finde das auch ganz wichtig. Wir müssen miteinander umgehen. Und wenn Frau Schobries sagt „auf gleicher Augenhöhe“, dann kann ich damit nichts anfangen, das tut mir leid. Also, wir Frauen sollten mit Respekt und Anstand und Toleranz miteinander umgehen, und wenn wir das nicht lernen, dann ist alle Liebesmüh umsonst.

Elisabeth Botsch Ja, ich denke, wir schließen die Diskussion damit ab und nehmen für unsere zukünftige Arbeit doch ganz entscheidende Dinge mit. Auf Augenhöhe, das heißt umgehen miteinander in Toleranz und Verständnis und Zuhören, aber eben auf dem gleichen Level. Mit Respekt, das ist bestimmt das, was das Allerwichtigste ist, die Ausgangsvoraussetzung.

Ich möchte mich bedanken bei allen Teilnehmerinnen hier auf dem Podium. Und ich möchte unseren beiden Teilnehmerinnen zunächst unsere Broschüre und unsere Jubiläumsschrift, Frau Rabe war ja beim Jubiläum dabei, 60 Jahre Frauenring, überreichen. Dann etwas, um die Lektüre zu versüßen. Frau Wartenberg und Frau Griem, Sie kennen die Broschüre, aber Sie bekommen die Bonbons. So, und jetzt zuletzt, liebe Tatjana, herzlichen Glück-

wunsch zum Geburtstag von uns allen. Und ich finde das sehr schön, dass du an deinem Geburtstag hier zu uns gekommen bist, um mit uns zu diskutieren. Noch einen schönen Tag, feiere schön und vielleicht bis bald. Und herzlichen Dank, Frau Rabe, wir sehen uns ja demnächst sowieso.

Frau Rabe: Sehr schön.

Elisabeth Botsch: Und herzlichen Dank, Frau Wartenberg.

Frau Wartenberg: Ja, mich werden Sie nicht los.

Elisabeth Botsch: Nein, glücklicherweise. Wir brauchen Sie alle. Wir brauchen jede Frauenringsfrau und alle, die mitwirken und arbeiten wollen, auch mit dem neuen Präsidium, mit den vielen Plänen, die da sind und den Ideen, dass wir die umsetzen. Es geht wirklich darum, dass wir Dinge umsetzen. Frau Zakrzewski, jetzt haben Sie das letzte Wort. Frau Griem, auch herzlichen Dank.

Frau Zakrzewski: Ja. Unser Seminar geht zu Ende, es gehen aufregende Tage zu Ende. Es war ein sehr gutes Seminar, dafür bedanken wir uns auch bei Frau Botsch, die einen Großteil dazu beigetragen hat. So, ich wünsche allen eine gute Heimfahrt und vorher noch guten Appetit.

Tagungsprogramm

Deutscher Frauenring

Bundesfachseminar

20 Jahre Wiedervereinigung Deutschlands

13. - 14. November 2009

Bildungszentrum Erkner
Seestr. 39 , 15537 Erkner
Tel. 03362 – 7690 Fax 03362- 769 9098

Freitag 13. November 2009

- 13.30 Uhr Anreise (Kaffee und Kuchen)
- 14.30 Uhr Begrüßung
- 15.00 Uhr **Die Überwindung der SED-Diktatur: Ursachen und Verlauf der friedlichen Revolution**
Dr. Jens Hüttmann, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin
- 16.00 Uhr Kaffeepause
- 16.30 Uhr **Die Rolle der Kirchen als Ort für Oppositionelle**
Steffen Reiche, Theologe, Mitbegründer der SDP

Dr. Maria Nooke, Zeitzeugin, Stellvertretende Direktorin der Stiftung Berliner Mauer

Moderation: Annelies Rothkamm
- ab 18.00 Uhr Abendessen

Samstag 14. November 2009

- 09.00 – 10.45 Uhr **„Wendekinder“ Dokumentarfilm** (45 Minuten)

im Anschluss: **Diskussion** mit *Hans Sparschuh* sowie mit zwei Darstellern *Susan Fischer* und *Robert Ide*
- 10.45 – 11.00 Uhr Kaffeepause

11.00 - ca. 13.00 Uhr

**Frauen in Ost und West: Hoffnungen, Schwierigkeiten,
Ansprüche nach der Wiedervereinigung und heute**

Podiumsdiskussion mit:

Tatjana Böhm, Autorin der „Sozialcharta“ des Runden Tisches 1989, Ministerin ohne Geschäftsbereich der DDR

Rosita Griem, DFR OR Born

Gertrud Wartenberg, ehemalige Präsidentin des DFR

Christine Rabe, Gleichstellungsbeauftragte des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf in Berlin

Moderation: Dr. Elisabeth Botsch

anschließend

Mittagessen / Abreise